



FIGU-

ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Sporadisch

Internetz: www.figu.org
E-Brief: info@figu.org

3. Jahrgang
Nr. 76, August 2017

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend identisch sein mit Gedanken, Interessen, Lehre und Missionsgut der FIGU.

Die USA und die Entwicklung von Russland

Auszüge aus dem 687. Kontakt vom 22. Juli 2017

Die USA – wie aber auch die EU-Diktatur – machen dauernd Terror gegen Russland und leben im Wahn, dass sie Russland, die russische Bevölkerung und die Regierung nach US-Manier und EU-Diktaturnorm auf deren Politsysteme ummodellieren könnten, was aber nie gelingen wird, wie das dem gesamten Westen trotz Aggressionen und Krieg gegen Russland auch nie gelungen ist. Vielleicht kommen die USA aber auch in bezug auf Russland auf verrückte und irre Gedanken, um Schaden herbeizuführen, denn die US-Militärs und US-Regierungsfritzen sind ja äusserst phantasie reich in dieser Beziehung. Wenn ich nur daran denke und einige wenige Dinge nennen will, was die US-Militärs und die US-Regierenden an Irrem und Verrücktem geplant haben, um das Nazireich und Japan zu besiegen, dann geht einem der Hut hoch. Da war ja z.B. die schwachsinnige Idiotie, die ernsthaft in Betracht gezogen wurde, dass die US-amerikanische Luftwaffe und ihre verbündeten Briten, Kanadier und Franzosen Giftschlangen aller Art, wie Klapperschlangen, Schwarze Mambas und Kobras usw. in deutsche Städte abwerfen sollten, um so die Bevölkerung drastisch zu reduzieren und die Nazis zur Kriegsaufgabe zu zwingen. Eine andere irre und verrückte Idee, die US-Militär- und Regierungsgewaltige erarbeiteten, waren tatsächlich schwachsinnige Pläne, um in Deutschland Gartenpflanzen mit Hormonen zu besprühen, wodurch die deutsche Bevölkerung verweiblicht werden sollte. Dies in der Hoffnung, dass dann das Nazireich kurzfristig kapituliere. Doch nicht genug mit diesem Schwachsinn, denn es wurden weitere immense Dollarbeträge ausgegeben, um Bulldoggfledermäuse (Molossidae), die eine relativ kleine, weit verbreitete Familie innerhalb der Fledermäuse darstellen, mit kleinen Brandbomben zu bestücken und sie auf Tokio und andere japanische Städte loszulassen, um diese in Brand zu stecken, Brandkatastrophen und Feuerstürme hervorzurufen, wodurch unzählige Menschen sterben sollten und zudem eine Kapitulation zustande kommen sollte. In gleicher Weise wurden Unmengen Dollarbeträge verschwendet, um im gleichen Rahmen Tauben mit Sprengkörpern zu bestücken und diese auf die Feinde loszulassen, um dann die Sprengkörper auf sie abzuwerfen. Aber nicht genug damit, denn es standen von den USA noch weitere irre und verrückte Versuche und Programme an, wie unter anderem auch, dass z.B. in Kriegsgebieten einfach Schweine und andere Haustiere – in einigen Fällen gar unschuldige einheimische Menschen – in Minenfelder getrieben und von den hochgehenden Minen zerfetzt wurden. Und die Verrücktheiten gingen noch weiter, denn mitten im Atlantik sollte eine riesige Zwischenlande- und Auftankungsplattform für Kriegsflugzeuge gebaut werden, während ein anderer Plan darin bestand – wobei auch die Engländer und Kanadier mitmischten –, aus riesigen Eisbergen ebenso riesige Kriegs-Flugzeugträger zu bauen, wobei ausgedacht war, dass diese mehrstöckig und mit Elektroantrieb versehen zu sein hätten, wobei das Eis durch Holz-Hobelspäne hätte stabilisiert sein müssen, um beständiger zu sein. Dieses irre Projekt wurde nur deshalb nicht umgesetzt, weil die Erbauung eines einzigen solchen Flugzeugträgers mehrere Jahre in Anspruch genommen hätte und – nebst der gesamten Bewaffnung usw. – ungeheure Kühlanlagen hätten eingebaut werden müssen, um das Eis als



solches zu erhalten. Und das ist tatsächlich keine Phantasie, sondern diese verrückten und irren Pläne wurden durchdacht und erstellt und dann auch nur darum fallengelassen, weil einerseits die Produktionszeit zu lange dauerte, und andererseits weil während der Planungsphase die Technik horrend weitergetrieben und durch diese ermöglicht wurde, dass die Kampfflugzeuge usw. ohne Zwischenlandung und ohne Zwischentankung von den USA aus direkt bis nach Europa fliegen konnten. Doch die USA werkeln auch heute weiter an Kriegsmaterial, und so hat z.B., kurz nach dem Abwurf der bekanntgewordenen «Mutter aller Bomben» – die die US-Luftwaffe in Afghanistan abgeworfen hat – Amerika den Test einer Atombombe bekanntgegeben, dass über dem Tonopah-Testgelände im US-Bundesstaat Nevada ein F-16-Kampfflugzeug erstmals eine Atombombe des neuen, modernisierten Typs B61-12 ohne Sprengkopf abgeworfen wurde. Dieser Test hat bereits am 14. März 2017 stattgefunden, wobei der Einsatz der Bombe mit einer F-16 sowie die «nicht-nuklearen Funktionen» der Bombe erprobt worden waren. Doch schon 2015 war ein ähnlicher Test mit der gleichen Art Bombe erfolgt, wobei diese damals von einem Kampffjet des Typs F-15 abgeworfen worden war. Die in Afghanistan eingesetzte Bombe des Typs GBU-43 war über neun Meter lang und gut zehn Tonnen schwer, weshalb, um sie zu bewegen, eine Spezialversion des grossen Militärtransporters Hercules C-130 nötig war. Dieser entgegengesetzt ist die Atomwaffe B61-12 nur etwa 3,60 Meter lang, weist ein Gewicht von 350 Kilo auf und kann von beweglicheren Kampffjets wie dem F-15 oder F-16 zum Ziel geflogen werden. Trotz ihrer vergleichbar geringen Grösse hat die B61-12 eine vielfach höhere Sprengkraft als die «Mutter aller Bomben», bei der die Wirkung etwa elf Tonnen TNT-Sprengstoff entspricht. Bei der neuen modernisierten US-Atombombe B61-12 kann die Sprengkraft eingestellt werden, und zwar zwischen 300 und 50 000 Tonnen TNT, was nahezu an die halbe Sprengkraft jener «Zar-Bombe», AN602-Wasserstoffbombe, herankommt, die am 30. Oktober 1961 von der Sowjetunion als die stärkste jemals gezündete Wasserstoffbombe über der Insel Nowaja Semlja im Nordpolarmeer zur Explosion gebracht wurde. Aber zurück zu den USA, denn diese Kriminellen und die EU-Diktatur-Kriminellen resp. deren traurige Politgestalten sollen in ihren eigenen durch sie kriminell geführten Staaten für Frieden, Freiheit, Gesetz und Ordnung sorgen, anstatt sich in das Staatssystem Russlands – oder anderer Länder – einzumischen, denn grundsätzlich geht sie das Ganze der fremden Politsysteme keinen feuchten Deut an. Russlands Politikform muss und soll so sein gelassen werden, wie die russische Bevölkerung dies wünscht und für richtig findet, folglich nicht versucht werden darf, sie nach den Staatsformen von US-Amerika oder der EU-Diktatur umzuwandeln. Das politische System Russlands und gleichbedeutend der Russischen/Russländischen Föderation ist staatsrechtlich vor allem in der Verfassung vom 12. Dezember 1993 festgelegt, und zwar im Föderationsvertrag vom 10. April 1992 und den Einzelgesetzen wie etwa zum Verfassungsgericht. In Artikel 1 der Verfassung wird Russland als «demokratischer föderativer Rechts-staat mit republikanischer Regierungsform» bezeichnet. Das Ganze der Politik- und Regierungsform in bezug auf die «Russische Föderation» kann man als eine etwas schwierige parlamentarisch-präsidentielle Mischform einstufen, wobei die semipräsidentielle Form ein gemischt präsidiales parlamentarisches Regierungssystem dar-stellt, das sowohl Elemente des Parlamentarismus als auch des Präsidialsystems aufweist, wie das auch beim Muster der USA und der Fünften Französischen Republik der Fall ist. Weitere charakterisierende Bezeichnungen in bezug auf die Verfassungswirklichkeit entsprechen dem «patronalen Präsidialismus» und «hegemonialen resp. vorherrschlichen Präsidialismus». Das russische System kann in weiterem Sinn auch als Doppelstaat-system oder Netzwerkstaatsystem bezeichnet werden. Und in böswillig russlandfeindlicher Weise wird das Ganze auch als Wahlmonarchie, konstitutionelle Wahllautokratie, systemloses System, hybrides System, als Regime oder Putin-System sowie als delegative, illiberale, elektorale, halbierte, manipulierte, steuerbare, gelenkte oder defekte Demokratie beschimpft, wobei kein klares Verfassungsverständnis definiert werde. Also wird gesagt, dass der Umgang mit der Verfassung pragmatisch resp. sachbezogen sei, wobei der «praktizierte Autoritarismus» als ein notwendiges Provisorium gerechtfertigt werde, das gemäss einer Äusserung von Putin als «Herrschaft per Hand-steuerung» bezeichnet werden könne. Von anderer Seite wird gesagt, dass keine der gängigen Interpretationen und Kategorien der vergleichenden Regierungslehre zur russischen Verfassung passe, weil der russische Präsident schon nach der Verfassung als Institution jenseits der drei Staatsgewalten konstruiert sei. In letzter Zeit habe ich mich diesbezüglich damit etwas beschäftigt und gelesen, dass einige russische Politiker und Wissenschaftler das politische System teils kritisch beurteilen, teils affirmativ resp. billigend und als «Souveräne Demokratie». Dieser Ausdruck wurde 2006 vom russischen Geschäftsmann und Politiker Wladislaw Jurjewitsch Surkow geprägt, der gelegentlich als «Kreml-Chefideologe» oder auch als «dritter Mann im Staat» bezeichnet wurde und zeitweise als weitgehend verantwortlich für die russische Innenpolitik galt. Diesbezüglich habe ich hier einen Ausdruck aus Wikipedia, den ich dir vorlesen will:

Im Jahr 2004 soll Wladislaw Jurjewitsch Surkow massgeblich zum Wahlsieg von Wladimir Putin bei den Präsident-schaftswahlen beigetragen haben. Seit dem 27. Dezember 2011 war Surkow Vize-Ministerpräsident in der russischen

Regierung. Am 8. Mai 2013 trat Surkow von diesem Amt zurück. Vorausgegangen war der Vorwurf Putins, die Regierung habe seine Dekrete nicht angemessen umgesetzt. Auch war es zwischen Surkow und den russischen Strafverfolgungsbehörden zu Auseinandersetzungen über Korruptionsvorwürfe im Innovationszentrum Skolkowo gekommen. Am 24. September 2013 wurde Surkow zum persönlichen Berater Putins ernannt. In dieser Funktion soll er sich unter anderem um die sozioökonomische Entwicklung der von Georgien abtrünnigen Regionen Abchasien und Südossetien kümmern.

Infolge meines Interesses in bezug auf das russische Politsystem, habe ich mich in letzter Zeit etwas mit dieser Materie beschäftigt und habe also einiges gelernt: Der Präsident von Russland ist das Staatsoberhaupt, der seit 2013 vom Volk in einer freien, allgemeinen, unmittelbaren, gleichen und geheimen Wahl für jeweils sechs Jahre – zuvor für 4 Jahre – direkt gewählt wird. Die gleiche Person darf die Präsidentschaft nicht länger als zwei Legislaturperioden hintereinander ausüben, wonach aber, wenn zwischendurch eine andere Person das Präsidentenamt für sechs Jahre ausübt, der vorherige Präsident erneut kandidieren kann. Von 1990 bis 1993 gab es in Russland noch das Amt der Vizepräsidentschaft, das aber mit dem Inkrafttreten der Verfassung im Jahr 1993 abgeschafft wurde.

Die Föderationsversammlung übt im russischen Regierungssystem die Legislative aus, die aus zwei Kammern besteht, und zwar aus dem Föderationsrat als Oberhaus und der direkt gewählten Staatsduma als Unterhaus. Je zwei Repräsentanten jedes Föderationssubjektes werden in den Föderationsrat abgestellt, wovon der eine von der Exekutiven und einer von der Legislativen die Vertretung des Subjekts innehat. Die Amtsdauer der Repräsentanten ist dabei der Dauer der Legislaturperiode der von ihnen vertretenen Institutionen angepasst.

Die Duma ist aus Abgeordneten zusammengesetzt, für die seit der Wahl 2016 ein Mischsystem aus Verhältnis- und Mehrheitswahl, das sogenannte Grabenwahlssystem, gilt. Die Legislaturperiode der Duma beträgt immer fünf Jahre, wobei sie die Funktion hat, Gesetze zu verabschieden, die jedoch nicht einfach in Kraft gesetzt werden dürfen, sondern als Vorschlag vom Föderationsrat gebilligt und vom Präsidenten unterzeichnet werden müssen. Wenn der Föderationsrat ein Veto gegen die Verabschiedung eines Gesetzes einlegt, kann die Duma dieses trotzdem durchbringen, wenn sie es mit mindestens zwei Dritteln der Abgeordnetenstimmen bestätigt. Jedes Veto, das vom Präsidenten eingelegt wird, kann nur mit einer wiederholten Bestätigung des Gesetzes durch die jeweilige Zweidrittelmehrheit sowohl in der Duma als auch im Föderationsrat überwunden werden.

Die Regierung der Russischen Föderation hat die exekutive Gewalt inne, wobei jedoch die Schlüsselressorts direkt dem Präsidenten untergeordnet sind.

Der Ministerpräsident von Russland wird vom Präsidenten vorgeschlagen, muss jedoch von der Duma bestätigt werden, wobei der Ministerpräsident auch als Regierungschef, Premierminister und Vorsitzender der Regierung gilt. Die Duma kann vom Staatspräsidenten per Erlass aufgelöst und vorzeitige Neuwahlen angeordnet werden, oder er kann der Regierung ein Misstrauensvotum aussprechen, wenn ein von ihm vorgeschlagener Kandidat auch nach drei Abstimmungen abgelehnt wird. Neben dem Ministerpräsidenten besteht die Regierung aus dessen Stellvertretern, dem Vize-Ministerpräsidenten und den Ministern. Das System der staatlichen Exekutive, das aus den Ministerien, föderalen Diensten und föderalen Agenturen besteht, ist der Regierung untergeordnet.

In Russland verkörpert das Verfassungsgericht die oberen judikativen Institutionen, der Obere Gerichtshof und das Obere Schiedsgericht. Auf Vorschlag des Präsidenten werden ihre Richter vom Föderationsrat bestätigt. Die ordentliche Gerichtsbarkeit und deren russisches System sind dem Oberen Gerichtshof untergeordnet, und dem Oberen Schiedsgericht das System der Schiedsgerichtsbarkeit. Zum föderalen Gerichtsbarkeitssystem zählen jedoch nicht die Verfassungsgerichte der Föderationssubjekte. Auch die Staatsanwaltschaft ist in Russland ein Bestandteil der Judikative, wobei diese allerdings nicht zum föderalen Gerichtsbarkeitssystem zählt und gemäss Verfassung unabhängig von allen anderen Machtstrukturen ist. Dem System der Staatsanwaltschaft steht die Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation vor, deren Vorsitzender, der Generalstaatsanwalt, auf Vorschlag des Präsidenten vom Föderationsrat bestätigt wird. Das oberste Handelsgericht wurde im August 2013 mit dem obersten ordentlichen Gericht zusammengelegt resp. diesem untergeordnet, weshalb Analytiker aussagen, dass dadurch «die verlässlichere Säule der russischen Justiz geschwächt» sei. Dann habe ich hier nochmals einen Auszug aus Wikipedia, der sicher auch interessant ist:

Vom klassischen präsidentiellen System (Beispiel: USA) unterscheidet sich das russische im Wesentlichen formal durch das Vorhandensein eines Premierministers als Regierungschef, der in Regierungsbildung und Regierungsausübung sowohl dem Präsidenten als auch dem Parlament untergeordnet ist. Obwohl es wie im semipräsidentiellen System nebeneinander die Ämter des Präsidenten und des Premierministers gibt, unterscheidet sich die russische Variante doch vom klassischen semipräsidentiellen System (Beispiel: Frankreich) dadurch, dass die Legitimation und

Kontrolle der Regierung durch das Parlament (Misstrauensvotum) insgesamt schwächer ist: Der Präsident hat nach der Verfassung stets die Möglichkeit, einen Ministerpräsidenten auch abweichend vom Willen des Parlaments zu ernennen und bei Widerstreben auch das Parlament aufzulösen. Nach Artikel 83 der Verfassung ernennt der Präsident mit Zustimmung der Staatsduma den Vorsitzenden der Regierung der Russländischen Föderation und entscheidet über die Frage des Rücktritts der Regierung. Nach Artikel 84 kann er die Staatsduma in den Fällen und nach dem Verfahren auflösen, die in der Verfassung der Russländischen Föderation vorgesehen sind. In Artikel 111 wird geregelt, dass der Präsident nach dreimaliger Ablehnung der von ihm vorgeschlagenen Kandidaturen für das Amt des Vorsitzenden der Regierung der Russländischen Föderation durch die Staatsduma den Vorsitzenden der Regierung der Russländischen Föderation ernennen, die Staatsduma auflösen und Neuwahlen ansetzen kann. Nach Artikel 117 kann der Präsident der Russländischen Föderation eine Entscheidung über die Entlassung der Regierung der Russländischen Föderation treffen. Die Regierung muss dann die Amtsgeschäfte nach seinen Anweisungen weiterführen, bis eine neue Regierung ernannt ist.

Das also sind die Fakten, die ich gelernt und dir nun vorgetragen habe, und wozu ich denke, dass dieses Politsystem der Russländischen Föderation so gut und so schlecht ist, wie jedes andere Politsystem anderer Staaten. Und wenn nun die Russlandbevölkerung damit klarkommt, dann ist das allein deren Sache und geht weder die EU-Diktatur noch die USA einen feuchten Deut an, folgedem sich diese nicht in Russlands Politsystem einmischen, sondern nur bemüht sei sollen, in ihren eigenen Staaten Frieden, Freiheit und Ordnung zu schaffen.

Ptaah Das ist nicht nur deine gute und richtige Meinung, sondern auch die meinige und die aller verständigen und vernünftigen Erdenmenschen, die in folgerichtiger Weise das Ganze beurteilen. Effectiv ist das politische System von Russland eines wie jedes andere auch, während dies jedoch von den selbstsüchtigen und weltherrschaftsheischenden USA sowie von der nach Ländern gierenden EU-Diktatur nicht akzeptiert wird, weshalb sie ihre eigenen unfreiheitlichen, demokratielosen und diktatorischen Staatssysteme zwingend auf Russland ausbreiten und dieses zu ihrem Vasallenstaat machen wollen.

Billy Dann sind wir einer Meinung, wobei ich hoffe, dass noch viele andere Menschen der Erde die gleichen Feststellungen machen wie wir zwei und dass sie zur gleichen Meinung kommen.

...

Billy Das kannst du laut sagen, denn wir merken das auch tatsächlich. Dann möchte ich nochmals auf den US-Präsidenten Trump zurückkommen, denn du hast ja vor geraumer Zeit gesagt, dass ihr immer noch mit Abklärungen in bezug auf dessen Wahl beschäftigt seid.

Ptaah Es sind bisher keine neue Erkenntnisse vorhanden, die ich in bezug auf die Wahl nennen könnte, wobei aber heimlich Pläne geschmiedet werden, um Trump aus dem Amt zu treiben. Und zwar wird durch seine politischen Feinde ein besonderes Untersuchungsgericht einberufen werden, vor das er geladen werden wird, um ihn mit Vorwürfen von geheimen Wahlmächenschaften zusammen mit Russland zu konfrontieren, in der Hoffnung, ihn seines Amtes entheben zu können.

Billy Die geben einfach keine Ruhe, wie auch nicht gegen Russland, das die Russlandfeindlichen der US-Regierung mit Drohungen und Sanktionen terrorisieren und alles dazu tun, dass Unfrieden zwischen den USA und Russland herrscht, was sich auch auf die EU-Diktatur auswirkt, die gleichen russlandfeindlichen Sinnes ist.

Ptaah Das ist unzweifelhaft so, und den bereits beschlossenen neuen Sanktionen werden noch weitere folgen, die bereits ausgeheckt werden, um Russland niederzwingen zu wollen, was aber fehlschlagen wird, denn es wird genau das Gegenteil zustande kommen. Je stärker die USA provozieren – zusammen mit der EU-Diktatur im Hinterhalt –, desto mehr wird sich die effective neue Stärke Russlands erweisen, das sehr viel kraftvoller geworden ist, einen gewaltigen Aufbau betrieben hat und sich auch auf eine neue Art gegen die kriegshetzerischen Mächenschaften der USA verhalten und zur Wehr setzen wird. Weder neue Embargos und Sanktionen, wie auch keine Drohungen vom gesamten Westen werden Eindruck auf Russland machen, denn es ist sich seiner neuen Stärke in jeder Beziehung vollauf bewusst, die speziell den USA und der EU-Diktatur immer mehr und grössere Sorgen bereiten werden, wenn sie ihre Russlandfeindlichkeit nicht aufgeben und nicht endlich nach Frieden streben.

Billy Das klingt ja nicht gerade danach, dass es in den nächsten Jahren besser würde.

Ptaah Das wird auch tatsächlich so sein, denn die US-amerikanische Russlandfeindschaft wird weiterhin und gar vermehrt geschürt werden, und zwar auch im Zusammenhang mit dem Präsidenten Trump in der Weise, dass er durch Lügen, Verleumdungen und Zwang von seiner Russlandfreundlichkeit abgebracht werden soll. Sein Wahlmotto «America first» soll durch die Trumpfeindlichen und Russlandfeindlichen in der Weise umgesetzt werden, indem Amerika aus allen US-Intrigen als allererste Weltmacht sondergleichen hervorgehe und Russland völlig ins Abseits gestossen werde, um kraftlos ein Schattendasein zu führen. Und dies soll unter anderem dadurch zustande kommen, indem Russland niedergezwungen werde, wobei gegen Trump, Russland und Putin feindlich Gesinnte gewisser Machtvoller in der US-Regierung, in diversen Ämtern Mitwirkende und in Geheimdiensten in geheimer Weise diese effektiven Pläne anstreben und verfolgen, was auch dadurch zum Ausdruck kommt in bezug auf das besondere Untersuchungsgericht, das versucht wird, Trump mit russlandverbindenden Wahlbetrugsmachenschaften zu konfrontieren. Jedoch nicht genug damit, denn durch die russlandfeindlichen Machenschaften in den USA gärt es weltweit und in allen US-Staaten, wobei der Gärungszustand in der US-Bevölkerung immer bedrohlicher wird, weshalb sich grosse Teile der gesamten Bürgerschaft gefährdet fühlen, sich Waffen zulegen und sich mit dazugehöriger Munition eindecken.

Billy Typisch, kann ich nur sagen, eben typisch für jenen Teil der US-Amerikaner, der weder nach Frieden mit Russland strebt und eben russlandfeindlich ist, noch von seinem Weltherrschaftsgebaren und vom Weltpolizeispielen ablassen kann und auch die Todesstrafe weiterhin praktiziert, was ja nichts anderem als staatlich sanktioniertem Mord und damit auch einem diktatorischen Willkürakt entspricht.

Ptaah Das verstehe auch ich so.

Billy Das kann ja nicht anders sein. Zu sagen ist auch, dass die gesamte Weltlage bereits aus allen Fugen geraten ist, folglich nicht nur in den USA die Waffengeschäfte durch Waffenkaufende überrannt werden, sondern auch in der Schweiz und in Deutschland. Und das finde ich gefährlich, denn in der Regel sind die waffenkaufenden Personen solche, die keinerlei Erfahrung im Waffenumgang haben, folgedem schon allein dadurch viel Unheil entstehen kann.

Ptaah Das ist mir auch bekannt, doch leider nicht zu ändern, weil die Behörden, die für Waffenscheinwerbungen zuständig sind, fahrlässig Erlaubnisse dafür erteilen.

Billy Dazu denke ich, dass jene Behördenmitglieder auch mitverantwortlich gemacht werden müssten, wenn mit den Waffen Dinge angerichtet werden, die durch das Verweigern von Waffenerwerbscheinen vermieden werden könnten. ...

Kriminelle Organisationen im Untergrund

Auszüge aus dem 687. Kontakt vom 22. Juli 2017

Billy Auch diverse Berichte habe ich darüber gelesen, wovon ich reden will, wobei ich mich mit den kriminellen und verbrecherischen Gruppierungen und Vereinigungen in aller Welt befassen will, diesbezüglich besonders mit jenen der USA, denen in Italien, Deutschland, Japan und in diversen anderen Staaten, die diesbezüglich schlecht wegkommen.

Ptaah Darüber kannst du reden.

Billy Gut, aber erst will ich noch etwas nachholen, was ich vergessen habe ... Das kann ich mir vorstellen, doch jetzt möchte ich davon reden, wovon ich schon vorher sprechen wollte, ehe ich mich selbst abgelenkt habe. Du selbst hast einmal gesagt, dass in der Schweiz ebenfalls Gruppierungen und Organisationen seien, wie z.B. Mafia-Zellen usw. Allgemein aber, so hast du erklärt, seien diese kriminellen Banden derart mächtig geworden, dass sie von der Polizei und von den Staaten selbst nicht mehr kontrolliert und auch nicht mehr bekämpft werden können, und zwar besonders in der EU-Diktatur, wobei diesbezüglich speziell Deutschland ein unrühm-

liches Zentrum sei. Genau dasselbe habe ich auch in diversen Abhandlungen gelesen, wie z.B. in dieser hier, die ich dir zu lesen geben will. Nunmehr habe ich durch all diese Abhandlungen und Zeugenberichte usw. in Erfahrung gebracht, dass selbst die Polizei gegen das Ganze weitgehend machtlos geworden ist, folglich sich diese kriminellen und teils verbrecherischen Banden, Clans, Gruppierungen, Organisationen und Vereinigungen immer haltloser und weiter ausweiten können. In Europa ist besonders Deutschland sehr übel dran, wozu die verrückte Bundeskanzlerin Merkel mit ihrer Flüchtlings-Willkommenskultur sehr viel beigetragen hat, was aber weder sie noch ihre dumm-dämliche Anhängerschaft wahrzunehmen, zu verstehen und zu akzeptieren vermag, weil bei allen der notwendige Verstand und die dringende und unentbehrliche Vernunft ebenfalls fehlen. Und dies bezieht sich nicht nur auf jenes dämliche bürgerliche Fussvolk, das infolge fehlender Intelligenz die Obrigkeiten für sich denken und handeln lässt, sondern auch sonst auf alle jene, welche Angela Merkel oder auch all jene anderen Regierenden anhimmeln, die in gleichen Spuren wie sie einhergehen und ihre eigenen Länder und deren Bevölkerungen drangsalieren. So konnte es auch kommen und kann sich immer weiter ausbreiten, dass sich immer mehr kriminelle und verbrecherische sowie terroristische Einzeltäter, Gruppierungen, Organisationen und Vereinigungen ausbreiten und die bereits unordentlich gewordene Weltordnung noch in einen stetig grösseren, immer gefährlicheren, tödlicheren und zerstörenderen Zustand bringen. Und in Europa ist das besonders in der EU-Diktatur und ganz speziell in Deutschland der Fall, denn da hat sich in den letzten Jahren, und zwar speziell durch den Wahnsinn der merkelschen Flüchtlingskultur, das organisierte Kriminelle, Terroristische und Verbrecherische äusserst schnell ausgebreitet. Und das Ganze weitet sich rapide immer mehr aus und übersteigt bereits die Möglichkeiten der Polizei und sonstigen Sicherheitsorgane, noch etwas Nutzvolles dagegen zu tun. Und tatsächlich trägt sich das alles in der EU-Diktatur zu, in die auch Deutschland eingeschlossen ist und in dem viele Schattenherrscher der Unterwelt regieren, gegen die nicht nur die Polizei, sondern sonstige Sicherheitskräfte und gar die Gerichtsbarkeiten machtlos sind. Doch da diese in den Medien nur selten genannt werden und zudem durch diese und deren Schlagzeilen in bezug auf die Flüchtlingswellen, deren Schlepper und MACHENSCHAFTEN sowie die Terroranschläge usw. übertönt und der öffentlichen Aufmerksamkeit entzogen werden, sind praktisch nur jene Leute der Bürgerschaften orientiert, die mit den Taten der Kriminellen, Terroristen und Verbrecher direkt oder indirekt konfrontiert werden. Und dies ist leider allüberall so, folgedem das Gros der Bevölkerung nichts oder nur äusserst wenig weiss, was sich in dieser Beziehung in ihrem Land abspielt, eben auch, dass schon seit geraumer Zeit im EU-Diktaturbereich, und zwar besonders in Deutschland, diverse kriminelle und verbrecherische sowie terroristische Gruppierungen, Banden und Organisationen eingewandert sind und sich festgesetzt haben. Das ist aber leider auch in der Schweiz der Fall, die jedoch diesbezüglich noch schläft und eines Tages ein böses Erwachen erfahren und erleben wird.

In Europa ist es schon seit Jahren so, dass nebst der Mafia auch Kriminelle aller Art nicht mehr in die Schweiz, nach Deutschland und in diverse andere Staaten der EU-Diktatur kommen oder hergerufen werden müssen, denn diese sind ebenso bereits überall in Europa präsent wie auch eine grosse Anzahl Terroristen verschiedener Gruppierungen, wie des IS und der Taliban usw. Auch eine grössere Anzahl ihrer Nachahmer sind als Einzelpersonen oder Gruppierungen in ganz Europa verbreitet, die bei jeder möglichen Gelegenheit zuschlagen und Bluttaten verrichten, was immer wieder Tote fordern wird, und zwar immer mehr und in immer brutalerer Art und Weise, wie die Zukunft erweisen wird. Doch auch Taliban- und IS-Terrorschläfer, Kriminelle aller Art und Verbrecher jeder Couleur haben sich in ganz Europa ausgebreitet, wobei auch die Schweiz miteinbezogen ist, deren Behörden, Regierende und Sicherheitskräfte aber offenbar noch schlafen und sich dieser Tatsache noch nicht bewusst sind, was dann eines Tages wohl zu einem bösen Erwachen führen wird. Effectiv herrscht diesbezüglich in ganz Europa – wie aber auch überall in der Welt – ein engmaschiges Netz aus Kriminellen-, Terroristen- und Verbrecherzellen. Allein in Europa existieren über 50 gut organisierte italienische MafiACLANS, wie aber auch eine Reihe anderer Clans aus diversen Ländern. Allein die Mafiazellen, die weltweit zigtausende Mitglieder haben, erwirtschaften kriminell und verbrecherisch pro Jahr schätzungsweise einen Umsatz von mehr als dem gesamten Bruttoinlandprodukt von Irland (294,1 Milliarden USD im Jahr 2016). Natürlich tun dabei alle kriminellen und verbrecherischen Clans, Gruppierungen und Organisationen alles, um einerseits ihre gesetz- und ordnungswidrigen MACHENSCHAFTEN unentdeckt bleiben zu lassen, und andererseits um ihre weitreichende Macht zu tarnen, die mancherorts gar bis in die Behörden, Gerichte, Regierungen und Ordnungskräfte reichen. Und das ist eine Tatsache, die natürlich von Behörden und Regierungen usw. offiziell bestritten wird, jedoch so wahr ist, dass selbst der dümmste Mensch über das Bestreiten dieser effectiven Fakten lachen muss. Und die traurige Wahrheit ist die, dass viele dieser kriminellen und verbrecherischen Banden, und zwar ganz speziell die Mafia-Clans, beste und tiefgreifende Kontakte in die Politik und Wirtschaft haben und folgedem Behörden infiltrieren, Ordnungskräfte und Ermittler bestechen und sogar problemlos Verwaltungsstrukturen unterwandern. Dazu gehören

auch Wahlmanipulationen und Beeinflussungen sowie Drohungen und das ‹Kaufen› von Richtern, Staatsanwälten und Polizeibeamten usw. Viele Menschen des bürgerlichen Volkes der Schweiz, der EU-Diktatur und besonders Deutschlands, wie aber grundsätzlich der ganzen Welt, stehen diesen Tatsachen völlig blind gegenüber und glauben, dass solcherart Meldungen nur frei erfunden seien, folgedem das Ganze nicht der Wahrheit entspreche. Die effective Wahrheit ist aber, dass all diese kriminellen, terroristischen und verbrecherischen Ausartungen und Auswüchse tatsächlich gegeben sind, existieren und nicht irgendwelchen Trugschlüssen und Phantasien entsprechen. Allein in Deutschland sind rund 300 Mitglieder der gefährlichen ‹Ndrangheta-Mafia, wie aber auch viele der berüchtigten Cosa Nostra, die mit Waffen ausgerüstet sind und deutschlandweit völlig unerkannt agieren, wie aber in viel kleinerem Rahmen auch in der Schweiz. Ihre genaue Zahl der Mitglieder ist nicht bekannt, weshalb diesbezüglich nur Schätzungen gegeben, wobei diese jedoch äusserst erschreckend sind.

Bezüglich der Zentren dieser Organisationen ist zu sagen, dass sich diese häufig ausserhalb grosser Städte befinden, wo sich keine Rotlichtviertel und auch keine Polizei-Sonderermittlungseinheiten befinden. Folgedem haben diese Kriminellen, Terroristen und Verbrecher Rückzugsgebiete, in denen sie nichts oder nur sehr wenig von der Polizei zu befürchten haben, insbesondere auch darum nicht, weil sie sich in ihren Rückzugsgebieten ruhig verhalten und nichts Auffälliges tun, folglich sie auch nicht auffallen. Besonders die Mafia-Clans in aller Welt haben den Drogenhandel in ihren Händen und verdienen Milliarden damit, wobei aber im grossen Stil auch das Erschleichen von Bauaufträgen ebenso in deren Metier fällt wie auch Erpressung, Menschenhandel und Prostitution usw. Und dass das rentabelste Geschäft der Mafia-Clans die Geldwäscherei ist, das versteht sich wohl von selbst, wobei allein durch die ‹Ndrangheta-Clans in Deutschland pro Jahr schätzungsweise über 50 Milliarden Euro kassiert werden. Ganz speziell Deutschland ist praktisch ein perfektes Reinwaschungsland für Gelder aus illegalen Geschäften, und zwar deshalb, weil gemäss staatlichen Gesetzen das Land für ein Strafverfahren nachweisen muss, dass Gelder aus illegalen Geschäften stammen. Folgedem müssen die Mafiosi nicht um ihre illegal ergaunerten Moneten bangen, weil sie ohne handfeste Beweise nicht angeklagt werden können, und zwar weder hinsichtlich kriminell und verbrecherisch erwirtschafteten Geldes, noch in bezug auf die Geldwäscherei. Es kann zwar vorkommen, dass die Polizei und die Gerichte in manchen Jahren zuschlagen können, doch werden in Deutschland dabei in der Regel – wenn überhaupt – nur einige hunderttausend Euro konfisziert. Dies verhält sich etwas anders in Italien, wo rigoroser gegen die Mafia-Clans vorgegangen wird, folgedem vergleichsweise in Palermo in einem Zeitraum von zwei Jahren zwei Milliarden Mafiavermögen beschlagnahmt wurden. Doch was in Italien gang und gäbe ist, nämlich dass die Mafia-Clans mit Schrotflinten usw. herumballern und Morde begehen, das kommt in der Regel in Deutschland und in der Schweiz nicht vor, oder wenn doch, dann nur alleräusserst selten. Und dies hat seinen Grund darin, dass einerseits die Geldwäscherei der Ruhe und Unauffälligkeit bedarf, und andererseits, dass für die Mafiosi in Deutschland und in der Schweiz Gewalt tabu ist und folglich auch die Mafiagesetze ausser Gültigkeit stehen, was diesbezüglich einer besonderen Mafiaordnung entspricht, die nur für Deutschland und die Schweiz gilt, wie du einmal gesagt hast. Nebst der Mafia regieren in den kriminellen und verbrecherischen Kreisen aber auch die ‹Vereinigten Warlords der Hooligans› ausserordentlich stark, die in oder vor den Fussballstadien Massenprügeleien mit Fussballfans veranstalten, wobei aber z.B. auch – natürlich verumummt – Fan-Busse gestoppt und auf Rastplätze gezwungen werden. Die Bus-Insassen, eben die Fussballfans, die zu Fussballveranstaltungen gehen wollen, müssen aussteigen, wonach sie in Massenschlägereien verwickelt werden, bis hin zu Knochenbrüchen usw., die ebenso zur Schlägerordnung gehören wie auch Prügel bis zur Krankenhausreife. Diese Warlords sind üblicherweise zwischen 20 und 30 Jahre alt und gehören zu ehemaligen anderen Hooligans, wobei unter ihnen auch ausgebildete Mixed-Martial-Art-Kämpfer sind. Mixed-Martial-Arts bedeutet etwa ‹Gemischte Kampfkünste›, kurz MMA. Dabei handelt es sich um eine Vollkontaktsportart, bei der Techniken aus verschiedenen Kampfsportarten angewendet werden, wie mir erklärt wurde, als ich vor einem Monat bei einer entsprechenden Kampfsportgruppe nachgefragt habe. Erklärt wurde mir auch, dass MMA durch die Vergleichskämpfe im Ultimate Fighting Championship (UFC) der frühen 1990er Jahre bekannt und populär geworden sei. Die Kampfsportart besteht gemäss den mir gegebenen Erklärungen sowohl aus Schlag- und Tritttechniken (Striking) des Boxens, Kickboxens, Taekwondo, Muay Thai und Karate als auch aus den Bodenkampf- und Ringtechniken (Grappling) des Brazilian-Jiu-Jitsu, Ringens, Judo und Sambo, wobei aber auch Techniken aus anderen Kampfkünsten benutzt werden.

Kriminelle, terroristische und verbrecherische Banden, Gruppierungen und Organisationen aller Art, so wird erklärt, haben 20 bis 80 oder mehr Mitglieder, wobei aber auch fussballfremde Mitschläger dabei sind, die aus Türstehern bestehen und aus der Rockerszene stammen. Alle sind sie aber von der Gier nach böser Gewaltausübung besessen, wobei sie die Gewalt auch weit fernab der Fussballstadien ausüben, was diesbezüglich mit etwa 20–25 Prozent zu berechnen ist. Ihre Gewalt üben sie aber nicht nur bösartig durch Schlägereien aus, sondern es kam auch vor, dass sie Fans schlugen und schikanierten, um dann einzelne von ihnen gar durch die Stadt zu

schleifen und zu verhöhnern. Also kann gesagt werden, dass die Gewalt in dieser Beziehung – infolge Stadion-schutz – zunehmend auf die Strasse verlagert wird, wobei aber immer öfter nicht nur die Fans aus dem fremden, sondern auch aus dem eigenen Lager – oder gänzlich unbeteiligte Personen – geprügelt und verletzt werden, und zwar nebst dem, dass auch Autos und Schaufenster usw. demoliert werden. Diese Warlord-Hooligans-Banden beanspruchen die öffentlichen Räume immer mehr für sich und terrorisieren ganze Innenstadtbezirke, in denen die Fussballvereine ansässig sind. Und Tatsache ist dabei auch, dass diese Warlords der Hooligans schon seit geraumer Zeit mit bösartigen Ausschreitungen auch gegen die Staatsgewalt vorgehen, was sich im Jahr 2014 bewiesen hat, als in Köln ein Bündnis der Hooligans und Rechtsextremen gegen Salafisten demonstrierte.

Von Gesetzes wegen ist es in der Schweiz und in Deutschland strafbar, eine Gruppierung, Organisation oder sonstige Vereinigung zu schaffen, die Leib und Leben gefährdende sowie andere kriminelle oder verbrecherische Dinge plant oder ausführt, sogar allein schon eine diesbezügliche Mitgliedschaft wird gesetzlich geahndet. Nichtsdestotrotz gibt es jedoch solche kriminelle und verbrecherische Vereinigungen allüberall auf der Welt, so also auch in der Schweiz und besonders in Deutschland, wobei in der EU-Diktatur die BRD ein besonderer Anziehung- und Angelpunkt ist, von wo aus weit über die Grenzen hinaus in andere Länder kriminell und verbrecherisch agiert wird. Dies ist auch so bei den Hooligans, wie z.B. bei denen von Dortmund, die enge Kontakte zu den «Vandalz» von Essen, den «Kaliber 030» von Berlin und zu den «Psycho Fans» resp. den Hooligans des Vereins «Ruch Chorzow» in Polen unterhalten. Besonders Jugendliche sind von diesen kriminellen und gar verbrecherischen Vereinigungen angetan. Andererseits sind es aber auch Linksautonome, die in Städten ganze Strassenzüge kontrollieren und terrorisieren, wobei sie durch das Internet zur Gewalt aufrufen, inklusive Dutzenden von Zielen, die angegriffen werden sollen, worunter sich z.B. auch Immobilienfirmen, Parteibüros und Bankfilialen befinden. Auch Polizeireviere gehören zu den Angriffszielen, die mit Farbbeuteln, Feuerwerkskörpern und Pflastersteinen usw. angegriffen, Türen aufgebrochen und Schaufenster oder Hausfenster eingeschlagen und Polizeiautos und Funkwagen usw. in Brand gesetzt werden. Doch das noch Schlimmere ist dabei, dass die Polizei machtlos ist und sich zurückziehen muss, weil viele der Beamten in Angst verfallen und unter psychischen Folgen zu leiden haben. Und das geschieht in Deutschland vielfach, sei es in Berlin, Hamburg oder Leipzig usw. Die Statistik weist auf, dass in den letzten Jahren die Straftaten linksextremer Gruppierungen um rund 40 und die effektiven Gewalttaten um rund 30 Prozent gestiegen sind. Forschungen zeigen auf, dass ca. 18 Prozent der deutschen Bevölkerung eine linksextreme Einstellung verfechten, während rund 15 Prozent davon sogar böse Gewalt befürworten, und zwar gegen alles, was die staatlichen Beamten und das staatliche System betrifft. Demzufolge ist auch die Hemmschwelle, Polizisten anzugreifen und sie zu verletzen, sehr klein, wobei auch deren Tod oder der von Privatpersonen bedenkenlos in Kauf genommen wird. Und all das geschieht so gut wie unbemerkt von der Bevölkerung, die nur in schwacher Weise über die öffentlichen Medien halbwegs informiert wird, während in Effectivität linksautonome Gruppierungen und Organisationen den Behörden, der Polizei und den Politparteien in äusserster Gewaltbereitschaft den Kampf angesagt haben, weil sie – speziell in Deutschland – den Rechtsstaat in offener Weise nicht anerkennen. Also besetzen sie auch Häuser und ganze Strassenzüge, die für die Behörden und die Polizei zu sogenannten «No-go-Areas» werden. In dieser Folge werden von den gesetzmässigen Clans, Gruppierungen und Organisationen unsichtbare Grenzen durch die Städte gezogen, wobei in dieser Beziehung Deutschland in der EU-Diktatur an vorderster Front und nicht hinter den USA und Japan zurücksteht. Das ganz grosse Übel sehe ich bei allem, dass dies einerseits die Politiker ebenso wie auch die Polizei teils leugnen, andererseits das Ganze einfach akzeptieren, weil sie dem Übel nicht mehr Herr werden. In dieser Folge ergibt sich meines Erachtens daraus, dass alle Ordnung immer mehr davonschliddert und der Anarchismus immer mehr Boden gewinnt und sich unhemmbar ausbreiten kann.

Allein die deutsche Regierung geht inzwischen davon aus, dass über 6000 nicht direkt vernetzte Autonome existieren, die in ihren Wohngebieten Autonomiezonen errichtet haben, in denen dem Staat das Hoheitsrecht abgesprochen wird und er also seine Macht nicht mehr ausüben kann. Wenn diese aber trotzdem eingefordert werden will, dann kommt es zu bösen Gewaltakten mit den Autonomen, und zwar besonders in der Kernszene, wo mit bösartiger Gewalt gegen Beamte vorgegangen wird, und zwar bis hin zu Tötungsversuchen, wenn diese in die Autonomiegebiete der Autonomen eindringen wollen, sei es einfach ein Haus, ein Garten, ein grösseres Grundstück oder ein grösserer Gebäudekomplex. Bei den Behörden kommt es diesbezüglich gar vor, dass diese Tatsachen öffentlich geleugnet werden, weil diese Vorkommnisse angeblich «keine politische Dimension» hätten, da alles nur ein «Kriminalitätsakt» sei resp. gewesen sei. Doch diese Machenschaften der Linksautonomen, die sich von den alten und noch nicht derartig gewalttätigen Aktionsformen verabschiedet haben, breiten sich immer mehr aus.

Ein weiteres und sich immer mehr ausbreitendes Übel sind die Salafisten-Keimzellen, die nicht nur in Deutschland und in vielen anderen Ländern, wie auch in der Schweiz, ihr Unwesen treiben. In dieser Beziehung sind diverse Moscheen Anlaufstellen für Islamisten, wobei diese grundsätzlich nichts mit wirklich Islam-Gläubigen zu tun haben, die friedlich und human nach ihrem Glauben leben. Islamisten sind nicht nur kleine Kriminelle, sondern Verbrecher schlimmster Art, die über Leichen gehen, und seit der IS resp. der «Islamismus» durch den «Islamisten Staat» aufgekommen ist, ist er eine bluttriefende Mörderorganisation geworden, die durch Salafisten-Prediger-Imame in diversen Moscheen Kinder und Jugendliche als Soldaten rekrutieren, die dann zu Mordwerkzeugen geformt werden. Vollbepackt mit Sprengstoffgürteln werden die rekrutierten Kinder und Jugendlichen in Menschenansammlungen geordert, um dort die tödliche Ladung zu zünden, um so viele unschuldige Menschen wie möglich mit in den Tod zu reissen. Oder es werden Autos usw. mit Sprengstoff vollgeladen und durch Selbstmörder ebenso in Menschenansammlungen in die Luft gejagt, wie auch mit Fahrzeugen in Menschengruppierungen hineingerast und ein Todesmassaker angerichtet wird. Frauen und Mädchen werden in Salafistenlagern – wobei Salafisten auch als IS-Anhänger bezeichnet werden können – sexuell missbraucht, wobei aber von den Salafisten auch auf brutalste Weise gemordet wird.

Die Salafisten vertreten eine der radikalsten Ausprägungen des Islamismus, der, wie gesagt, mit dem Islam wahrheitlich nichts gemeinsam hat und nur namentlich daraus entlehnt ist. Die Salafisten der heutigen Zeit stellen aktuell die am stärksten wachsende weltweite Organisation der extremsten Wahn-Glaubensrichtung dar, wobei sich die Salafisten als «Verfechter eines aus ihrer Sicht ursprünglichen und unverfälschten Islams» definieren, was jedoch grundlegend falsch ist, weil der Islam nichts Salafistisches in sich hat. Er ist grundsätzlich in seinem Ursprung – gemäss der tatsächlichen Lehre des Propheten Mohammed (ca. 570 bis 632 n. Jmmanuel/ Chr.) – etwas völlig anderes als eine gottesstaatfordernde Religion, sondern eine Macht des Friedens, der Freiheit und Gleichheit aller Menschen. Die Salafisten lehnen jede theologische Modernisierung ab und leben im Wahn, dass der Islam vom Menschen nur in der Weise praktiziert werden dürfe, wie er völlig falsch, verdreht und aus der wahren Lehre zerrissen, den ersten Muslimen, den sogenannten «al-salaf al-salih» resp. den «rechtschaffenen Alvorderen», im Mittelalter gelehrt wurde. Mit Letzteren sind die ersten drei Generationen im Islam gemeint, wobei das arabische Wort «Salaf» Ahnen resp. Vorfahren bedeutet. Ausserdem lehnen Salafisten westliche Demokratien ab und meinen irrig, in der islamischen Rechtsprechung eine «islamische Ordnung» und damit die sogenannte Scharia als einzig legitime Staats- und Gesellschaftsform sehen und anerkennen zu müssen, wie sie auch den Dschihad resp. «Heiliger Krieg» verfechten. Zur Scharia habe ich zu erklären, dass diese im Sinne von «Weg zur Tränke», «Weg zur Wasserquelle» oder «deutlicher, gebahnter Weg» zu verstehen ist, wie auch als «religiöses Gesetz», «Ritus», was aus dem arabischen Verb «šaraʿa» abgeleitet etwa «den Weg weisen, vorschreiben» bedeutet und eben auch «Scharʿiʿa» geschrieben wird und einem religiösen Gesetz des Islam entspricht, das jedoch von Islamisten und sonstig Islamistisch-Kranken, Irren und Verrückten völlig falsch interpretiert wird.

Nach meinem Sinn verstehe ich den Islamismus als einen krassen verbrecherischen Gegensatz zur Islam-Religion, und in dieser Form als eine «religiös verbrämte Form des politischen Extremismus». Das ultimative Ziel der Salafisten ist das Errichten eines weltweit absolutistisch ausgerichteten islamistischen «Gottesstaates». In einem solchen würden zum Beispiel wesentliche und garantierte Grundrechte anderer Staaten nicht gelten, vor allem nicht das Grundrecht der Religionsfreiheit, auf das sich die Salafisten selbst laufend berufen. Stattdessen müssten sich Rechtsordnung und Gesellschaft an einem salafistischen Regelwerk orientieren. Um den islamistischen «Gottesstaat» durchzusetzen, sind die extremen Salafisten auch zur Gewalt bereit, wobei viele Jugendliche in diesem Unsinn einen Sinn zu sehen glauben, wodurch der Salafismus effektiv zu einer Hass- und Jugendbewegung geworden ist.

Und wenn ich auf den Hass zu sprechen komme, dann verstehe ich diesen als einen Begriff, der vielfach bereits durch Eltern erzieherisch auf ihre Nachkommen übertragen wird, wodurch Hass-Kinder, Hass-Jugendliche und Hass-Erwachsene herangezüchtet werden. Und dieser Hass, der durch die Eltern erziehungsmässig bereits auf die noch jungen Kinder übertragen und hochgezüchtet wird, ist nicht nur auf fremde, andersartige volksfremde Menschen, sondern vor allem auch auf Andersgläubige ausgerichtet. Und genau darauf setzen die Salafisten, denn suggestiv vermögen sie hassende Kinder und Jugendliche – aber auch Erwachsene – in bezug auf Andersgläubige auf den Salafismus umzupolen, wobei ihnen bei den Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen hilft, den Hass durch Schönrede auf den Ursprung umzulenken und ihnen den Salafismus schmackhaft zu machen. Durch diese Hassumpolung, bei der der Hass noch mehr gesteigert und zudem auf den Ursprung zurückgelenkt wird, erfolgt eine Absage an all das, was gut und recht sowie lebensfruchtig ist. Zugleich wird der ursprünglich durch die Erziehenden suggestiv auf die Kinder und Jugendlichen indoktrinierte Hass mit einem neuen und fremden Hassbild interessant und befolgenswert befunden, wodurch sich der Kreis schliesst und sich der Hass

wider alles ausserhalb des Salafismus bis zum Wahn steigert. Allein in der EU-Diktatur, wie aber auch in der Schweiz, wie du letzthin gesagt hast, existieren bereits mehr als 35 000 Personen, die salafistische Hintergründe und sich zu einem europaweiten Netzwerk zusammengeschlossen haben und dass unter diesen Salafisten und Salafistenanhängern mehr als 4300 zur Gewalt bereite Islamisten sowie rund 1860 Personen diversen Alters sind, die anderweitig als salafistisch gefährlich eingestuft werden müssen. Auch hast du kürzlich gesagt – und ich nehme an, dass ich auch das nennen darf, da du keinen Einspruch erhebst –, dass durch die Flüchtlingswillkommenskultur der verantwortungslosen Bundeskanzlerin Angela Merkel in der gesamten EU-Diktatur und auch in der Schweiz einiges mehr als 1900 EU-Diktaturheimische und in der Schweiz heimische Islamisten sind. Und da ganz Europa, wie auch die Schweiz, keine Möglichkeiten hat, solche Personen, wie auch nicht Kriminelle, Wirtschaftsflüchtlinge und gar Schwerverbrecher in den Flüchtlingsströmen zu erkennen, haben sie auch keine Möglichkeiten, die Einreise zu verweigern. Natürlich können gewisse «Flüchtlinge» wieder ausgeschafft werden, doch damit wird das Problem des Terrorismus, der Kriminalität und des Verbrechens nicht gelöst, das durch die Schuld der Angela Merkel mit ihrer Flüchtlingswillkommenskultur angerichtet wurde.

Für radikale Islamisten jeder Art ist ganz Europa ein zentrales Gebiet und Tummelplatz für tödliche Anschläge gegen unschuldige Menschen geworden, wie das auch der Fall ist für diverse Clans, Gruppierungen und Vereinigungen anderer Art, die jedoch, wie die Salafisten, jede staatliche oder sonstwie weltliche Gesetzgebung und Rechtsordnung ablehnen. Die Islamisten, die Salafisten und sonstige verrückte Fanatiker propagieren einen weltweiten «Gottesstaat», der sich an der Scharia orientiert, während Autonome ihre Wohnräume und Wohngebiete offiziell als autonom und diese als eigene «Staaten» reklamieren, die Anarchisten jedoch völlig gesetzlose Anarchiestaaten erschaffen wollen. Die Autonomen und Anarchisten agieren offen, während die Salafisten an geschützten Orten ihr Unwesen der Rekrutierung treiben, worauf der Staat und die Polizei usw. keinen Zugriff haben. Und diese salafistischen Machenschaften werden nicht nur in diffusen Moscheen betrieben, sondern mindestens die Hälfte aller neuen Salafistenmitglieder beiderlei Geschlechts wird über das Internet oder über die sogenannten Messenger-Dienste angeheuert. Die Rekrutierenden nützen dabei den durch die Erziehenden erlernten Hass, wie aber auch die Asozialität, die Abenteuerlust, die Labilität, die Unbedarftheit und Naivität sowie die Ungebildetheit ihrer Opfer aus, um sie aus ihrem von Grund auf unsicheren Lebensumfeld herauszulotsen, sie davon zu isolieren, sie zu beherrschen und sie dann in ihrem neuen und gesteigerten suggerierten Hass gegen die Mitmenschen aufzuhetzen.

Nun, das Schattenreich der Salafisten, Autonomen, Anarchisten, Kriminellen, Terroristen und Verbrecher reicht in ganz Europa rundum, und dazu gehört auch die Schweiz – leider. Aber wenn man nach Deutschland sieht, dann ist es dort am allerschlimmsten. Man nehme z.B. nur den Fall vom mittelfränkischen Ort Georgensgmünd, wo am 19. Oktober 2016 am frühen Morgen ein schwer und bis an die Zähne bewaffnetes Sonderkommando in das Haus eines Autonomen eindringen wollte, weil dieser waffendrohend querulierte und seinen eigenen «Staat» ausgerufen hatte, den er mit der Waffe in der Hand verteidigte. Also gab es zwischen dem deutschen Staat und seinem «Staat» einen schweren Konflikt mit Waffengang, in dessen Folge der «Eigenstaatler» einen Mann des Sonderkommandos erschoss. Dieser Autonome, ein sogenannter «Reichsbürger», wie sich die Autonomen in Deutschland nennen, hatte sein Haus und Grundstück rundum mit einem dicken gelben Strich markiert, den er als seine «Staatsgrenze» bezeichnete, und die er gegen jeden Eintritt resp. Übertritt in seinen «Staat» mit der Waffe verteidigte. Dabei ging er davon aus, dass nach dem Weltkrieg 1939–1945 weder die NAZIs resp. die Nationalsozialisten noch die Siegermächte die Weimarer Reichsverfassung abgeschafft hatten, folgedem für ihn das NAZI-Reich weiterbestand. Er gehörte zu einer deutschen Organisation, die sich «Reichsbürger» nennen, den deutschen Staat nicht anerkennen, keine Steuern zahlen und sich eigene Ausweise erstellen, im weiteren aber meist auch ihr Haus und ihre Grundstücke als alternative Staatsgebiete ausrufen. Dies ist in Deutschland jedoch nicht mehr eine harmlose Sache, denn das Ganze ist längst zu einem gefährlichen Konflikt geworden, und zwar besonders seit dem Zeitpunkt, seit sich diese «Reichsbürger» bewaffnet haben und ihre privaten «Staaten» mit Waffengewalt verteidigen. Ein autonomer Deutscher namens Norbert Schittke nennt sich «Reichskanzler» und steht der «Reichsbürgerbewegung» vor, die zur Gruppierung der «Exilregierung Deutsches Reich» gehört. Und über diesen «Reichskanzler», der sich mit Hitler, Merkel, Kohl und Ausserirdischen beschäftigt, gibt es einiges zu berichten, denn er behauptet, dass Angela Merkel die Tochter von Helmut Kohl sei und dass Ausserirdische mit Adolf Hitler auf ihrem Planeten Aldebaran gewesen seien, und das glaubt dieser irre «Reichskanzler» tatsächlich.

In einem Artikel eines ZDF-Reporters, der den «Reichsbürger» und «Fürstregent» Schittke, seines selbsternannten Zeichens «Reichskanzler», besucht hat, ist folgendes nachzulesen:



Das Klingelschild unter der vergilbten Abdeckung liest sich ziemlich lang: «Fürst Norbert R. zu Romkerhall/Ritterhof aus dem Haus Schittke, Hannover, Windsor, Herzogtum Sachsen-Coburg und Gotha» (sic) steht darauf geschrieben. Doch wer erwartet, dies sei der Eingang zu einem kleinen Schloss, der irrt. Seine «Hoheit Reichskanzler Schittke» residiert in einem spiessigen Einfamilienhaus. Dort empfängt er aber gerne Gäste.

«Er hat tatsächlich Carsten van Ryssen in seinem Palast, beziehungsweise Reihenendhaus, ein Interview gegeben», kündigt «Heute-Show»-Moderator Oliver Welke den Besuch bei dem Reichsbürger an. Schittke bestreitet die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und sieht sich als Führer des aus seiner Sicht weiter bestehenden Deutschen Reiches. Auch sonst hat er ziemlich absurde Ansichten.

Der Beweis: Darum ist Angela Merkel die Tochter von Helmut Kohl

Auf die Frage nach dem Verhältnis von Helmut Kohl und Angela Merkel antwortet Schittke mit voller Ernsthaftigkeit: «Helmut Kohl, der hat ein nettes Mädels kennengelernt, Kinder gemacht. Eins davon ist die Merkel.» Aha, Angela Merkel ist also die Tochter von Helmut Kohl. Als van Ryssen staunend schaut, fügt Schittke hinzu: «Wie er in allen Reden sagt, sie ist mein Mädels.»

Der «Reichskanzler der Exilregierung Deutsches Reich», wie sich Schittke selbst nennt, sitzt in einer Phantasieuniform mit Schärpe und Orden in seinem Wohnzimmer. Dass er keinen normalen Reporter, sondern den Mitarbeiter einer Satiresendung vor sich hat, scheint er nicht zu bemerken. Völlig ernsthaft versucht er van Ryssen seine Ansichten zu erklären. Schittke lebt in einer Welt aus Geschichtsverfälschung, Lügen und Phantastereien.

«Heute-Show» kommt nicht aus Aldebaran, aber Hitler war schon da

«Wir befinden uns mit 64 Ländern im Krieg», erfindet Schittke. Das belege eine «Feindstaatenklausel». «Sie fahren in Feindesland, um Urlaub zu machen.» Van Ryssen hakt verschmitzt nach: «Wie, ich fahre nach Spanien?» «Feindesland!», fährt Schittke dazwischen. «Italien?» «Feindesland!», kommt reflexartig. «Sie können nach Honolulu fahren, dann sind sie noch immer im Feindesland», erklärt Schittke. «Wohin soll ich denn dann in Urlaub fahren?», fragt der Reporter. «Sie sollen zuhause bleiben und arbeiten», sagt der Rentner. Lacher bei den Zuschauern.

Doch es wird noch absurder. Schittke glaubt an die Existenz Ausserirdischer, die mit «Diplomatenpässen» ausgestattet die Erde besuchen. Ihr Name: Aldebaraner. «Sie wollen sich immer mit dem Stärksten und Besten zusammmentun» erklärt Schittke und – so, führt das ehemalige Mitglied der rechtsextremen Partei «Die Republikaner» aus – deshalb «auch mit Adolf Hitler.» Die Aldebaraner, so versichert Schittke ernsthaft, hätten Hitler mit auf ihren Planeten genommen. Zum Beweis zeigt er eine Reichsadlerplakette, die angeblich auf dem Raumschiff angebracht worden sei. Er selbst sei auch schon mit einem Aldebaraner Kaffee trinken gewesen.

«Ich bin doch kein Phantast»

Doch die Märchenstunde ist noch nicht zu Ende. Schittke glaubt auch daran, dass im Erdinneren Menschen leben. «Es gibt mehrere Eingänge zum Mittelpunkt der Erde und es gibt mehrere Völker, die dort leben.» Und Schittke hält noch ein besonderes Bonmot bereit: «Deswegen ist der Dalai Lama ein Freund von Adolf Hitler.» Äh, was? Hitler habe den Bau von Eingängen zum Erdinneren im Himalaya gefördert. So erkläre sich die Freundschaft.

Der Besuch von «Reichsreporter» Carsten van Ryssen, wie Oliver Welke seinen Kollegen nennt, endet mit einem Händedruck vorm Reichssofa. «Ich bin doch kein Phantast», gibt Schittke dem Reporter mit auf den Weg. Das Publikum lacht. Und auch der Reporter kann sich das Grinsen kaum noch verkneifen. «Natürlich nicht», antwortet er schnell. Die Ironie bemerkt Schittke nicht.

«Liebe Aldebaraner, bitte dran bleiben», verabschiedet sich Oliver Welke aus der «Heute-Show», «jetzt gibt es gleich noch mehr Geschichtsfälschung bei «Sketch-History».»

Bis vor wenigen Jahren waren die «Reichsbürger» nur eine Gruppierung von Spinnern, die sich verbal gegen die Behörden ausgerichtet hatten, doch das hat sich gewaltig geändert, denn in den letzten Jahren hat sich im Schattenreich der «Reichsbürgerbewegung» allerhand Unerfreuliches getan, und zwar insbesondere in bezug auf Munitions- und Waffenansammlungen in den «Reichsterritorien», was auf tiefergreifendere Absichten hindeutet als nur auf die waffenmässige Verteidigung der «Reichshoheitsgebiete». Die vielen Kriegswaffen samt Munition gehören in dieser Szene also eindeutig zur Aufrüstung, und dabei sind diese bereits derart viele, dass damit in ganz Deutschland von den weit über 14 000 «Reichsbürgern» Hunderte von «Reichssoldaten» ausgerüstet werden können, wie du selbst erklärt hast. Du hast zudem auch gesagt, dass die wenigsten Waffenbesitzenden Waffenbesitzscheine haben, sondern alle Waffen auf dem Schwarzmarkt gekauft hätten. Zudem hast du auch bemerkt, dass über 1400 sehr gefährliche «Reichsbürger» für spezielle Aufgaben zukünftiger Zeiten existieren, denen auch eine grössere Anzahl Rechtsradikaler angehört. Das Ganze weist deinen Erklärungen gemäss auf einen «Krieg gegen Deutschland» hin, wobei – wie ich anderweitig nebst deinen Angaben auch in einem Bericht gelesen habe – «Reichsbürger» auch diverse Behörden und die Polizei unterwandern. Diesbezüglich also so viel in bezug auf die «Reichsbürgerbewegung» in Deutschland.

In Deutschland existieren auch zahlreiche kriminelle Ausländergruppierungen, wie z.B. die Libanesen-Clans, die in Städten ganze Strassenzüge beherrschen und gegen die wohl Polizeirazzien durch hochgerüstete und maskierte Polizeibeamte durchgeführt werden, was jedoch nicht viel bringt. Die Libanesen-Clans haben eine sogenannte «Familien-Union» gebildet, die in Polizeikreisen gut bekannt ist und die aus libanesischen Grossfamilien besteht, die als sogenannte Mhallami-Kurden in den 1980er Jahren geflüchtet sind, als im Libanon der Bürgerkrieg herrschte. Ein Teil dieser Mhallami praktiziert eine eigene Rechtssprechung und akzeptiert folgedem die Gesetze des deutschen Staates nicht, und zudem haben sie sozusagen der deutschen Polizei den Krieg erklärt. Ein Magazin schreibt diesbezüglich in etwa: «Die Politiker werden nicht müde, die Existenz der No-go-Areas in deutschen Grossstädten zu leugnen, was jedoch die Mitglieder der Mhallami-Clans ganz anders sehen, die in vielen Städten Deutschlands die absolute Kontrolle über die Drogenmärkte und die Rotlichtviertel an sich gerissen haben. Also fordern sie gegenüber dem deutschen Staat auch selbstbewusst ihren Machtanspruch ein.» Wörtlich sagen sie den Polizeibeamten: «Wenn ihr einen Krieg mit uns beginnt, dann könnt ihr ihn nicht gewinnen, weil wir einfach zu viele gegen euch sind.» Solche Drohungen gehören dabei zur Tagesordnung, was beweist, dass im deutschen Staat und in den Städten das Gewaltmonopol nicht mehr bei den Ordnungshütern und schon gar nicht mehr beim Staat selbst liegt. Diverse Gruppen kurdisch-libanesischer Abstammung reklamieren für sich besonders in Stadtteilen von Bismark, Rotthausen und in der Alt- und Neustadt ganze Strassenabschnitte rund um den Hauptbahnhof, wie aber gleiches auch in Ückendorf geschieht, wobei die Macht dieser Libanesen-Clans – wie auch diverser anderer – immer mehr wächst und der Umgang mit den Clanmitgliedern immer gefährlicher wird, wie das auch in anderen Städten der Fall ist, wo die Mhallami die effektiv wahren Herrscher der Strassen sind. In der deutschen Hauptstadt Berlin ist es gar bereits soweit, dass die Polizei kaum mehr wagt, Autos anzuhalten und zu kontrollieren, denn wenn sie das tun, dann sammeln sich sehr schnell 40–50 Clanmitglieder rundum und bedrohen sie. Eine Hochburg dieser Libanesen-Clans ist Duisburg-Marxloh, wo sich bei einem Verkehrsunfall sofort bis zu 100 Clanmitglieder anhäufen und die Beamten bedrohen, um sie aus «ihrem Clan-Gebiet» zu vertreiben. In einem Fall wurde eine Polizistin einfach niedergeschlagen, während sich ihr Kollege vor dem Clan-Mob nur mit seiner Dienstwaffe schützen konnte. Um im Marxloh-Gebiet wenigstens ansatzweise das staatliche Gewaltmonopol durchsetzen zu können, ist es nur noch möglich, mit einer Hundertschaft Polizeibeamter die notwendigen Patrouillen in diesem Viertel durchzuführen. In einem Magazin wurde geschrieben, dass in Bremen, wo der berühmte Miri-Clan sein Unwesen treibt, der CDU-Politiker Wilhelm Hinners auf die Frage, was die Stadt denn gegen all die Clans tun könne, geantwortet habe: Er befürchte, dass der Zug schon lange abgefahren sei und die Clan-Strukturen nicht mehr zu zerschlagen seien.

Ptaah Das war sicher ausführlich genug, um das diesbezügliche Desaster in kurzer Weise darzulegen, das aber in Wirklichkeit um sehr vieles umfangreicher und schlimmer ist, als es aus deinen Ausführungen hervorgeht, die wir mehrmals miteinander in privater Weise besprochen haben.

Billy Es sollte aber wohl genügen, um einen kleinen Einblick zu geben, was in der EU-Diktatur und ganz speziell in Deutschland in bezug auf die Kriminalität, den Terrorismus und das Verbrechen wirklich los ist, wovon die Bevölkerung im grossen und ganzen nichts weiss, weil die notwendigen Informationen nicht an die Öffentlichkeit gelangen und also verschwiegen werden. Andererseits ist es aber auch so, dass dadurch das Volk dumm und dämlich gehalten wird, das im Gros in bezug auf eine höhere Schulung leider ungebildet ist und

sich um nichts kümmert, folglich es von obenherab, eben von den Politikern und Regierungen usw. sowie von den Religionen und Sekten in jeder Beziehung manipuliert werden kann, ohne dass es dies überhaupt wahrnimmt. Leider mangelt es dem einfachen Volk auch an einer guten Allgemeinbildung, was dazu führt, dass es in allen politischen Formen nicht mitreden kann, sondern die Politiker und Populisten usw. für sich denken lassen muss, um dann deren unsinnigen Vorschlägen usw. jubelnd zuzustimmen und sie zu akzeptieren.

Es geht um das Überleben des Nationalstaats

31. Juli 2017 dieter; von Doris Auerbach (politonline)

Den nachfolgenden Ausführungen von Václav Klaus, der von 2003 bis 2013 Präsident der Tschechischen Republik war, als harter Kritiker der EU-Politik gilt und für seine klaren Worte bekannt ist, seien noch einmal die von uns schon des öfteren zitierten Worte von Wolfgang Schäuble vorangestellt, welche die *«Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung»* vom 8. 10. 2011 veröffentlichte:

«Wir sind dabei, das Monopol des alten Nationalstaates aufzulösen. Der Weg ist mühsam, aber es lohnt sich, ihn zu gehen.» Darin spiegeln sich eine für mich geradezu niederträchtige Verachtung des Souveräns und der unbeugsame Wille, diesem die ausschliessliche Rolle des Untertanen zuzuweisen.

Indessen: Es gab keinen Aufschrei ...

Klaus hat soeben am 21. Juli auf Einladung der AfD in Frankfurt am Main einen Vortrag unter dem Titel: *«Europa braucht eine politische Wende!»* gehalten. Nun hat er sich mit den darin aufgegriffenen Aspekten bereits in zahlreichen früheren Reden und Niederschriften befasst. Bereits am 21. Januar 2016 hatte er sich, ebenfalls auf Einladung der AfD, in Stuttgart zum Thema *«Die heutige Migrationswelle und die europäische Unverantwortlichkeit»* geäußert. Schon damals sprach er von einem Krieg, den die europäischen Eliten und Medien gegen die Mehrheit der europäischen Bevölkerung führen, wobei er betonte, dass es um die Zukunft Europas, den Erhalt der europäischen Kultur, der europäischen Zivilisation, des europäischen Lebensstils und der Religion gehe.

«Die heutige Migrationswelle», so Klaus im Januar letzten Jahres, **«erfolgt auf Einladung, sie ist kein Zufall und keine gewöhnliche Migration, die wir aus der Geschichte kennen. Der heutige Marsch auf Europa ist nicht individuell, nicht graduell, nicht langsam, nicht aus der Nähe, nicht spontan und besonders nicht ein Ausdruck grosser Verzweiflung! Sie ist die Folge des selbstmörderischen europäischen Benehmens!»** **Die Migrationskrise, die ihre Kulmination noch nicht erreicht habe, umfasse «alle Aspekte der Krise, die auf die Substanz unserer Zivilisation abzielen», und bedrohe Europa weit mehr als schon lange andauernde Probleme wie die ökonomische Stagnation, die Schuldenkrisen und die Vergreisung.** Wie er darlegte, sei die Motivation für die Einladung an die Migrantenströme keineswegs die Sorge um die niedrige Geburtenrate oder um neue Arbeitskräfte, sondern der Versuch, *«die Menschen zu ändern»* und ein neues multikulturelles Europa unter Auflösung der historischen Nationalstaaten schaffen zu wollen: *«Die EU-Eliten wollen ein neues Europa, und dafür brauchen sie neue Europäer, die nicht in den alten europäischen Ländern verwurzelt sind.»* Durch Manipulation, Indoktrination und Begrenzung der Meinungsfreiheit habe man die Menschen in Europa lange darauf vorbereitet.

Wenn die Souveränität mit dem Mittel der Migration weiter untergraben werde, sehe er das Überleben des Nationalstaats in Gefahr. So betonte er ausdrücklich, im Zusammenhang mit der Migrationskrise kompromisslos auf der *«Priorität der nationalen Lösung zu bestehen»* sowie darauf, *«uns keine Migranten aufzwingen zu lassen»*. Klaus warf vor allem Deutschland vor, die Migrationswelle **absichtlich** ins Leben gerufen zu haben. Die Repräsentanten der europäischen Eliten brauchen für ihr neues Europa Leute, die keine tiefen Wurzeln in den alten europäischen Ländern haben und sie brauchen als Bausteine Leute, die genügend formbar sind, um die utopische Zukunft der Europäisten zu verwirklichen.

Klaus zufolge *«ist die in fast ganz Europa, aber insbesondere in Deutschland öffentlich geführte Diskussion über die Massenzuwanderung – die auf dem Begriff «Flüchtling» anstatt auf dem Begriff «Migrant» aufbaut, noch besser gesagt, des ökonomisch-motivierten Migranten – unseriös, irreführend und durch ihre übertriebene «political correctness» geradezu selbstmörderisch. Die Sozialwissenschaften lehren uns – in diesem Fall sogar im seltenen Einklang mit dem gesunden Menschenverstand –, dass für das reibungslose und produktive Funktionieren und die notwendige Stabilität einer jeden Gesellschaft der innere Zusammenhalt der Gemeinschaft unabdingbar ist. Die Wirtschaftswissenschaft spricht hierbei vom «Human- und Sozialkapital», ohne das ein gesund funktionierendes Staatswesen nicht möglich ist. Die heutige Debatte über die Zuwanderung ignoriert diese elementaren Fakten. Die von der Ideologie des Multikulturalismus benebelten Ideologen sehen darin kein Problem. Sie glauben, dass es möglich ist, die Gesellschaften in den einzelnen Staaten Europas problemlos mit*

Migranten «aufzufüllen». Daher überrascht es kaum, dass sich diese Politiker gar nicht die Aufgabe stellen, die gegenwärtige Migrationswelle **anzuhalten**. Sie beschäftigen sich ausschliesslich damit, sie irgendwie zu bewältigen, sei es mit Geld, mit offenen Armen, mit Unterkünften und besonders mit der Verheissung eines neuen besseren Lebens.»

Klaus zitiert hierzu eine Annahme seines Kollegen Jiri Weigl: «Es ist gerade der Sinn und Zweck einer solchen «Willkommenspolitik», den Zusammenhalt der bestehenden Gesellschaften Europas nachhaltig zu zerstören. Denn nur auf deren Trümmern können diese Politiker ihr «neues Europa» aufbauen; natürlich ohne uns, ohne diejenigen, die mit dem bestehenden Europa zufrieden sind. Aus den Migranten sollten die ersten «Angehörigen der erträumten europäischen Nation» werden. Diese haben keinerlei Bindung zu irgendeinem der jetzigen Staaten Europas und können sich daher viel einfacher mit einem neuen multikulturalistischen Europa identifizieren; die Migranten sollten so als «Kittmittel» einer neuen europäischen Nation funktionieren.»

Wolfgang Kasper, ein Deutscher, der seit einem halben Jahrhundert in Australien lebt, vermerkte hierzu im September 2015 u.a.: «An der Lage der Migranten in ihrer Heimat gab es keine dramatische Veränderung. Sie erhielten jedoch – mal explizit, mal implizit – die Botschaft, dass sie nun nach Europa einwandern können. Bestärkt durch ihre sicher berechnete Frustration über die Verhältnisse zu Hause geben diese Menschen ihr Leben in ihrer Heimat auf, um nach Europa aufzubrechen. ... Die Migranten folgen dem Lockruf der verantwortungslosen europäischen Politiker, dies in Unkenntnis der Risiken und Bedrohungen, die auf ihrem Weg auf sie warten; sie alle folgen dem Versprechen, dass es möglich ist, in Europa leben zu dürfen, worin sie Politiker wie Angela Merkel und Joachim Gauck durch ihre Aussagen bestärken.»

«Die EU-Politiker», so Klaus im August 2015, «wollen uns ein Kontinentaldenken aufzwingen. Sie wollen den Nationalstaat unterdrücken und staatliche Grenzen auflösen. Um den Zusammenhalt der Nationen zu schwächen, propagieren sie eine massive und uneingeschränkte Migration. Die Migrationsbewegungen untergraben systematisch den Zusammenhalt und die Regierbarkeit von Ländern. Die Schwächung der einzelnen Staaten könnte sehr leicht auf eine anti-liberale Entwicklung hinauslaufen, weil sie nämlich den europäischen Superstaat, zu dem sich die EU entwickelt, stärkt. Doch ist die EU weniger demokratisch als jeder einzelne ihrer Mitgliedsstaaten.»

Fakt ist, dass in den letzten Jahrzehnten infolge der Aufhebung der Grenzen, der sich immer stärker verbreitenden Ideologie des Multikulturalismus und des zunehmenden, allzu grosszügigen staatlichen Paternalismus derartige Massen an Menschen in souveräne Staaten eingewandert sind, dass sie den Zusammenhalt dieser Länder untergraben und das Leben darin viel weniger angenehm und komfortabel machen, als es früher war.

In seinem jetzt am 21. Juli in Frankfurt gehaltenen Vortrag befasste sich Klaus u.a. erneut mit der falschen «Europäisierung» unseres Kontinents sowie dessen De-Demokratisierung und De-Nationalisierung – Entwicklungen, die uns, wie er sagt, mehr und mehr zurück in die Vergangenheit führen. «Im letzten Jahr», führte er aus, «im Jahr des Brexit und des Trump-Sieges, waren einige von uns zu euphorisch. Jetzt nach den diesjährigen Wahlen und Volksabstimmungen in manchen europäischen Ländern bin ich nicht mehr so optimistisch. Die Niederlagen in Österreich, in Holland und in Frankreich sollten uns warnen. Besonders Frankreich verfolge ich mit grosser Sorge. Der neue französische Präsident Macron ist ein unbeschriebenes Blatt, eine «tabula rasa», die man mit allen möglichen Inhalten füllen kann. Das finde ich schlimmer als ein gut bekanntes Übel. Er ist nicht müde, er ist nicht verbraucht und auch noch nicht faul. Er verbreitet alte Ideen, aber mit Elan und Agilität. Das ist gefährlich. Das Phänomen Macron passt perfekt in den gegenwärtigen Westen. Er ist ein Produkt der französischen politischen Szene. Wenn keine starken und festen Ideen vorhanden sind, gibt es nur die gefährliche Flachheit. Er bringt nichts Neues, nur den Eiffelturm im Hintergrund.»

Deutschland ist aus meiner Sicht das heutige Schlachtfeld Europas

«Es ist hier in Deutschland und nicht in den anderen Ländern Europas, wo das heutige europäische Dilemma – der heutige Konflikt über die Zukunft Europas – gelöst wird oder auch nicht. Ich bin mir nur nicht ganz sicher, ob die Deutschen ihre heutige Rolle und Verantwortung in aller Breite, Tiefe und Wichtigkeit sehen und ob sie sich damit mit voller Aufmerksamkeit beschäftigen. Ob sie fähig sind, die enorme Manipulation und Indoktrinierung, die die heutigen europäischen politischen Eliten vor unseren Augen verwirklichen, zu durchschauen. Man kann heute ohne Übertreibung von einem Krieg in Europa sprechen. Die Schlachtfeldformationen, die auf beiden Seiten auftreten, sind uns allen gut bekannt: Auf der einen Seite – und das ist meine Seite – stehen Freiheit, Demokratie, traditionelle Familie und das gewöhnliche, in der Geschichte bewährte menschliche Benehmen, Souveränität der europäischen Nationalstaaten, Patriotismus, Auslandsreisen und Auslandsaufenthalte statt Migration. Diese Seite ist relativ still, friedlich, höflich und zur Diskussion bereit.

Auf der anderen stehen politische Korrektheit, Multikulturalismus und Humanrightismus, Feminismus, Genderismus und die Aggressivität des Homosexualismus, Massenmigration, Frau Merkel, die Herren Juncker und Schulz, Zentralisierung, Harmonisierung und Standardisierung Europas, ferner Kontinentalismus und der Kulturmarxismus der Frankfurter Schule. Diese Seite ist arrogant, aggressiv und monologisch.

Man kann das europäische Thema aus vielen Ecken anschneiden. Als Volkswirt habe ich lange Zeit meistens über ökonomische Themen gesprochen. Die wirtschaftlichen Probleme sind zwar grösser und grösser geworden, trotzdem ist die traditionelle sozial-ökonomische Debatte in Europa passé. Die Sozialisten, die heute in alle Parteien zerstreut und überrepräsentiert sind, haben die Debatte gewonnen. Die Wirtschaft ist mehr und mehr etatisiert, das heisst unterdrückt. Auch der Streit über die sogenannte globale Erwärmung gehört der Vergangenheit an: Trotz der «Klimapause» – 18 Jahre lang gab es keine Erhöhung der globalen Temperatur – haben die Klima-Alarmisten diesen Streit definitiv gewonnen, mit allen gut bekannten negativen Konsequenzen für die Freiheit und Prosperität. Die mutige Entscheidung von Donald Trump vor ein paar Wochen sollten die europäischen Demokraten als eine wichtige Ermutigung wahrnehmen.»

Auch zur Migration äusserte sich Klaus erneut: «Wir sind Zeuge der durchgehenden Umgestaltung der europäischen Gesellschaft, vielleicht, besser gesagt, der allmählichen Liquidierung der europäischen Kultur, Traditionen und Werte, und **der dafür als Instrument benützten Massenmigration**. Vor ein paar Wochen habe ich ein 27 Jahre altes Essay von Umberto Eco gelesen. Schon im Jahre 1990 warnte er, dass «die Migration die ethnische Umgestaltung der europäischen Länder, die unvorstellbare Änderung der Sitten und des Benehmens, eine unaufhaltsame Hybridisierung der Menschen zur Folge haben wird». Das waren warnende Worte, die damals niemand hören wollte.» Was heute nicht anders ist.

Zusammen mit seinem langfristigen Kollegen Jiri Weigl hat Klaus zu der heutigen Migrationskrise in Europa in der Manuscriptum Verlagsbuchhandlung in Waltrop ein kleines Buch mit dem Titel «Völkerwanderung» herausgegeben. Dieses kurze, ursprünglich auf Tschechisch geschriebene Buch ist somit auch in deutscher Sprache erhältlich, daneben aber auch auf Englisch, Französisch, Schwedisch, Russisch und Flämisch. Die Hauptbotschaft des Buches ist klar, direkt und unmittelbar: Die heutige Massenmigration und ihre weitgehenden negativen Konsequenzen für die Zukunft der europäischen Gesellschaft haben nicht die Migranten, sondern die europäischen Politiker – an ihrer Spitze die deutschen – verursacht. «Gerade letzteres», so Klaus, «muss man besonders hier in Deutschland laut sagen. Ich weiss, dass diese Behauptung ein politisch sehr unkorrektes Statement darstellt. In Ihrem Land ist sie unkorrekter als in meinem. Bei uns sind solche Ansichten nicht so weit von dem politischen und medialen Mainstream entfernt wie bei Ihnen.»

«Viele von uns wissen, dass das Problem der heutigen Zeit nicht das Mitleid, die Barmherzigkeit und die Solidarität, oder die Gleichgültigkeit, der Egoismus und die uralte Kleinbürgerei ist. **Das heutige Thema ist unsere Zukunft**. Die Mehrheit der europäischen und besonders deutschen Spitzenpolitiker will dies jedoch nicht zugeben. ... Mit ihrem Glauben an die positiven und bereichernden Einwirkungen der Migranten, ihrer Ideen, ihrer Religion, ihrer Benehmensmuster, haben die europäischen Politiker die Migranten schon seit langer Zeit implizit, aber in der letzten Zeit auch explizit eingeladen. Nur deshalb sind die Migranten da. Die heutige Massenmigration, die ich – berechtigt, glaube ich – Völkerwanderung nenne, habe ich schon lange Zeit als Bedrohung der europäischen Zivilisation und Kultur, als Bedrohung der Freiheit und Demokratie, und nicht zuletzt als Bedrohung der europäischen Prosperität bezeichnet. Ich betrachte sie als eine gefährliche Schädigung unseres Lebens, unserer Lebensqualität, unserer Traditionen und Gewohnheiten. Deshalb habe ich nie die einfache und billige Karte des Kampfes gegen den Terrorismus gespielt. Damit wollte ich sagen, dass ich das heutige Problem Europa nie auf dieses Thema reduziert habe. Ich dachte immer – und denke das auch heute noch –, dass die Fortsetzung der Massenmigration anderer Kulturen Europa auch ohne Terrorismus vernichten wird. Jetzt beginnt es fast für alle klar und evident zu sein – leider nicht für die Bundeskanzlerin –, dass die heutige Terrorismuswelle ein unvermeidlicher Bestandteil der Massenmigration ist. Diese wird hoffentlich auch den Menschen, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten nicht oder nicht genügend befassen, die Augen öffnen. Die unglaublichen und schreckerregenden menschlichen Tragödien, die uns die Medien fast täglich bringen, sollten zu einer massiven Augenöffnung der «schweigenden Mehrheit» der europäischen Bevölkerung beitragen. Noch einmal: Hoffentlich. Sonst sehe ich keine Zukunft vor uns.»

Wer dies nicht sieht, sind Klaus zufolge die europäischen Eliten. «Dies», erklärt er, «ist im Frühling dieses Jahres in Rom anlässlich des 60. Jahrestages der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft überzeugend demonstriert worden. Die veröffentlichte Deklaration, die leider fast niemand gelesen hat, ist nicht zu glauben. Die führenden EU-Repräsentanten bestätigten damit erneut, dass sie von der Realität total entfernt sind. Es ist eine Serie von leeren Phrasen, die uns an das ehemalige kommunistische Vokabular erinnern. In der Deklaration

gibt es absolut keine Reflexion zu den heutigen ernststen Problemen der EU. Sie deutet keine, nicht einmal die kleinste Bereitschaft an, über die notwendigen Änderungen zu sprechen. Diesen Text muss ich als eine arrogante Verachtung der menschlichen Vernunft der Europäer betrachten. Das dürfen wir nicht akzeptieren.»

«Auch das freie Denken», so Klaus, «wird immer mehr unterdrückt. Die Debatte, die in den Medien und in der Politik stattfindet, ist nicht repräsentativ. Die Propaganda regiert. Ich stimme völlig mit dem Titel eines unlängst in der «NZZ» veröffentlichten Artikels überein: «Denkverbote statt Debatte». Der Autor dieses Artikels spricht sogar über die «Friedhofsruhe» und über das dominierende «Moralisieren und Tabuisieren». In meiner Lebensgeschichte habe ich es schon mal erlebt. Es war in den kommunistischen Zeiten. Wir wissen, dass wir nicht nur Reformen, sondern eine radikale Wende brauchen. So etwas ist für die heutigen EU-Eliten absolut undenkbar. Nicht einmal eine «Perestrojka» kommt für sie in Frage. Wozu wird dies führen? Der Kommunismus dauerte 70 Jahre. Wie viele Jahre wird die EU, das heisst die heutige Version der europäischen Integration, dauern? Wir brauchen – in der tschechischen Terminologie – eine Samtrevolution. Als eine Vorstufe dafür müssen Sie die Wahlen in Deutschland gewinnen. Viel Erfolg.»

Der Kampf gegen die Souveränität der Staaten hat schon früh eingesetzt: So liess uns Richard Gardner bereits 1974 in der Juli-Ausgabe von «Foreign Affairs», einem Presseorgan des «Council on Foreign Relations», folgendes wissen: «Die Führungsspitze des CFR muss bezüglich der nationalen Souveränität in die Endrunde gehen und sie Stück um Stück erodieren, bis allein deren Erwähnung aus dem öffentlichen Diskurs verschwunden ist.» So ist auch das Bestreben Brüssels, einen «Umbau» des europäischen Bürgers zu erzielen, durch zahlreiche Aussagen belegt: Beispielsweise erklärte Joachim Gauck Ende August 2015, als er noch die Funktion des Bundespräsidenten innehatte, dass wir den Begriff «Nation» neu definieren müssen. Gleichzeitig sprach er sich «für ein verändertes Nationalbewusstsein» aus, während der jetzige Präsident, Frank-Walter Steinmeier, schon im April des Jahres 2012 vor einem Wiedererstarken des Nationalismus in Europa zu beliebigen warnte. Für Martin Schulz ist die EU gar etwas Religiöses; er sei ein gläubiger Mensch. Er hält die Zeit der Nationalstaaten für «unwiderruflich abgelaufen». Die EU sei «das grösste Zivilisationsprojekt der vergangenen Jahrhunderte», sagte Schulz. Er werde auch «von der nationalen Ebene aus für das europäische Projekt kämpfen».

«Diese Leute», las man schon früh auf der Website der «Bürgerrechtsbewegung Solidarität», «Grünen-Parteichef Cem Özdemir, Caio Koch-Weser, Vizechef der «grünen» Deutschen Bank (DESERTEC) und allen voran George Soros, predigen, sie wollten eine offene Gesellschaft, good governance, transparency, etc. Diese Schlagworte stehen aber in Wirklichkeit für die Zerstörung der Souveränität von Nationalstaaten und die rücksichtslose Durchsetzung globalisierter Finanzinteressen auf Kosten der Menschen. Zu diesem Zweck wurden in vielen Ländern bereits verschiedenfarbige Revolutionen durchgeführt, um missliebige Regierungen zu Fall zu bringen.»

Peter Sutherland, ehemals Direktor bei Goldman-Sachs und derzeit Sonderbeauftragter des UN-Generalsekretärs für Migration, hat ganz spezielle Vorstellungen; so forderte er, «dass alle europäischen Länder ihre Grenzen für alle öffnen müssen, auch für Wirtschaftsflüchtlinge.» Sutherland wörtlich: «Es ist ein Affront gegenüber den europäischen Werten, gegenüber europäischer Würde und gegen die Gleichheit aller Menschen, nicht alle, die in Europa leben wollen – auch die Wirtschaftsflüchtlinge –, hereinlassen zu wollen. Wirtschaftsflüchtlinge sind Kämpfer für das Überleben und für die Zukunft Europas.» Ferner: «Die europäischen Führer müssen den Populismus, der den EU-Werten feindlich gegenübersteht, bekämpfen. Die EU muss eine Lösung für das Problem Ausländerfeindlichkeit und gegen die Widersacher einer Offenen-Grenzen-Politik finden, weil das gegen die Werte der EU gerichtet ist. Diese Gesinnung richtet sich gegen die Würde des Menschen und gegen das Prinzip von der Gleichheit aller Menschen.»

So spricht der von Friederike Beck als «manischer Migrationslobbyist» bezeichnete Sutherland auch bereits von der «Entwicklung multikultureller Staaten». Wie Beck in ihrem Buch «Die geheime Migrationsagenda» auf den Seiten 126/127 festhält, ist «Sutherland ein aggressiver Internationalist, der kein Blatt vor den Mund nimmt, aus seinem offenen Hass gegen den Nationalstaat keinen Hehl macht und als bedeutender politischer Akteur entscheidende Spuren hinterliess. Er ist wild entschlossen, den Europäern ihre nationale Souveränität und den «lästigen prähistorischen» Nationalstaat auszutreiben und als das Böse schlechthin zu brandmarken. Sutherland zufolge war das Hauptargument, das die Gründungsväter der Europäischen Union von Anfang an antrieb, ein Angriff auf das, was sie gemeinsam als das Böse der nationalen Souveränität ansahen.» Beck zitiert darüber hinaus Sutherland auf den Seiten 140/141 wie folgt: «Ich werde die Regierungen darum bitten, zu kooperieren und anzuerkennen, dass Souveränität eine Illusion ist, dass Souveränität eine absolute Illusion ist, die wir hinter uns lassen müssen.»

Noch ein letztes Beispiel für die Gesinnung unserer Volksvertreter: Wie «Inter Info Linz» in seiner Ausgabe Nr. 440 vom August 2015 vermerkte, planen die Grünen Claudia Roth zufolge nach einem Sieg bei den nächsten

Bundestagswahlen, die ja jetzt im September stattfinden, die deutsche Staatsbürgerschaft gemeinsam mit der SPD abzuschaffen und gegen eine EU-Staatsbürgerschaft auszutauschen. «Im Hinblick auf ihre historische Schuld», so Roth, «steht es den Deutschen gut zu Gesicht, in dieser schwierigen Zeit einmal mit gutem Beispiel voranzugehen und überkommenes nationales Denken endgültig über Bord zu werfen.» Der Begriff «deutsch» sei zudem für viele Menschen negativ besetzt.

Die Reihe der gegen Nation, Souveränität und Identität gerichteten Angriffe könnte man beliebig fortsetzen. Indessen soll eine Feststellung von Karl Müller den Schluss bilden:

«Es darf sich niemand wundern, wenn jetzt ein zentralistischer und dirigistischer, gewaltvoller, immer mehr Freiheitsrechte beschneidender und autoritärer Machtapparat entsteht, der staatliche Strukturen an sich reißt und missbraucht, um die Völker anzulügen, es gehe um ihre Interessen, während es in Tat und Wahrheit darum geht, den Interessen von ein paar wenigen zu dienen. Also das krasse Gegenteil eines verfassungsmässigen freiheitlichen und demokratischen Rechts- und Sozialstaates. In Europa ist diese Rolle für die EU unter der Knute Angela Merkels bereits vorgesehen.»

d.auerbach@gmx.ch

Quelle: <http://krisenfrei.de/es-geht-um-das-ueberleben-des-nationalstaats/>

EU-Kommission macht Wasser heimlich zum Spekulationsgut der Konzerne

aikos2309; Pravda-TV; Mo, 24 Jul 2017 15:39 UTC

Die fieseren Tricks der EU-Kommission – EU-Bürgerinitiative verhindert 2013 zunächst Wasserprivatisierung. 2013 hat die EU den massiven Protesten von mehr als 1,5 Millionen EU Bürgern aus sieben EU-Staaten nachgegeben. Der EU-Binnenmarkt Kommissar Barnier musste sich zunächst dem Willen der EU-Bürgerinitiative beugen. Geplant war die komplette Privatisierung der öffentlichen Wasserversorgung in der EU.

Besonders in Deutschland ist das Vorhaben der EU auf erbitterten Widerstand gestossen. EU-Kommissar Barnier sagte damals: «Ich hoffe, die Bürger erkennen, dass die EU sich ihrem Willen beugt.» Und: «Die EU habe sowieso nie eine zwangsweise Wasserprivatisierung vorgehabt», so Barnier.

Die EU plante damals, einheitliche Regeln zur Vergabe von Konzessionen zu vergeben – mit beinhaltet die Wasserversorgung. Diese wurde 2013 auf Druck der Bürgerinitiative von der neuen EU-Richtlinie ausgenommen (Die Wasserprivatisierung: EU bricht weiteres Versprechen!).

Krisenstaaten wurden von der EU zur Wasserprivatisierung gezwungen

Denn die beiden Krisenstaaten Griechenland und Portugal wurden heimlich gezwungen, ihre öffentliche Wasserversorgung privaten Unternehmen zu verkaufen – also zu privatisieren. Denn im Zuge der Schuldenkrise der beiden Staaten haben IWF, EZB und EU nicht lange gefackelt und die beiden EU Staaten zum Verkauf ihrer Wasserversorgung gezwungen.

Dies war schlicht die Voraussetzung, um Gelder vom EU-Rettungsschirm zu erhalten. **Eine klare Erpressung also und zudem Wortbruch der EU-Kommission.**

Die verheerenden Auswirkungen auf die Bevölkerung

Die Wasserprivatisierung hat sich dort schon auf mehrfache Weise negativ auf die Bevölkerung ausgewirkt. Die Wasserpreise sind um rund 400% gestiegen, Investitionen in marode Rohrleitungen bleiben aus Profitgründen aus. Die Folge ist, dass kostbares Trinkwasser durch poröse Rohre im Boden versickert und durch alte Rohre und Lecks verschmutzt wird (Trinkwasser in Deutschland könnte erheblich teurer werden: Bis zu 45 Prozent).

Um die Hygienestandards des Trinkwassers aufrecht zu erhalten, setzen die privaten Wasserfirmen dem Trinkwasser einfach Chemikalien wie Chlor zu. Die Folge ist, dass der Verbraucher zwar hygienisches Wasser aus seinem Wasserhahn erhält, jedoch mit Rückständen und Schwermetallen aus alten Rohren und Chemikalien belastet. Und die horrenden Wasserpreise können nicht mehr bezahlt werden.

EU verwendet fieseren Trick zur Wasserprivatisierung

Die Krisenstaaten waren dabei erst der Anfang. Denn bei den anderen EU-Ländern benutzt die EU-Kommission einfach einen fieseren Trick. Keine Zwangsprivatisierung bislang, jedoch Privatisierung durch die Hintertür. Denn die Konzerne, die in der EU Milliarden mit dem Gut Wasser verdienen wollen, haben ihren Lobbyisten-Kampf in Brüssel nicht aufgegeben.

Dafür hat sich die EU-Kommission eine neue Richtlinie zur Konzessionsvergabe einfallen lassen. Darin versteckt die EU geschickt die Forderung, dass im Bereich der Wasserversorgung eine Marktöffnung zu erfolgen habe. Das bedeutet nichts anderes als eine Wasserprivatisierung durch die Hintertür.

EU-Binnenmarkt Kommissar Barnier wolle gar keine Wasserprivatisierung, die Richtlinie solle nur den Markt neu ordnen, da es Regeln in der EU für die Wasserversorgung in den Kommunen brauche. Eine glatte Lüge. Denn wenn die Kommunen also die Wasserversorgung zur öffentlichen Ausschreibung geben müssen, werden grosse Konzerne Angebote mit Dumping-Preisen machen, gegen die die örtlichen kommunalen Wasserbetriebe kaum konkurrieren können.

Immer noch sind über 80% der Bevölkerung gegen eine Wasserprivatisierung, wie zum Beispiel in Berlin. Hier wurde 1999 ein Teil des Wassernetzes teilprivatisiert. Aufgrund einer massiven Bürgerinitiative hat die Stadt Berlin einen Teil des privatisierten Netzes teuer zurückgekauft. Doch die neue Richtlinie der EU könnte das Bestreben und Interesse der Bürger zunichte machen.

Wasserindustrie «schmiert» EU-Kommission mit Lobbyisten

Denn private Grossinvestoren wie Veolia und RWE werden viel daran setzen, die Wasserversorgung zu erwerben. Für sie ist Wasser lediglich ein Spekulations- und Renditeobjekt, das von den Bürgern bezahlt werden soll. Wer das Monopol hat, wie das Beispiel Portugal zeigt, kann die Preise nach Belieben diktieren. Auch wenn sie um groteske 400% steigen.

Denn Wasserprivatisierung macht die Wasserversorgung nicht etwa günstiger, sondern teurer und qualitätsärmer. Die Versprechen der Grosskonzerne werden nie umgesetzt. Verständlich, dass die Konzerne ihren Druck auf Brüssel erhöhen – bis das Ziel, die Privatisierung, erreicht ist –, und sei es heimlich durch die Hintertür.

Wie kommt die EU eigentlich zum Schluss, die Wasserversorgung nun doch heimlich zu privatisieren und dies gegen den Willen der Bevölkerung? Wer entscheidet und auf welcher Grundlage? Es sind natürlich «Wasserexperten» aus externen Lobbyfirmen, die die EU-Kommission in Sachen Wasserprivatisierung «beraten».

Vertreter der Wasserindustrie wie Grohe GmbH, General Electric Water, Suez Environment, Abengoa Water oder Climate Change Capital Private Equity Fund, aber auch Firmen wie IBM und Private Investment Bank (200 Dollar für 500 000 Tonnen Wasser – wie Nestlé eine ganze Gegend leer pumpt).

Brüssel hat entschieden – Wasser ist kein Menschenrecht, sondern ein Spekulationsgut, das Konzernen gehören soll und nicht uns.

Quelle: <https://de.sott.net/article/30381-EU-Kommission-macht-Wasser-heimlich-zum-Spekulationsgut-der-Konzerne>

NYT (New York Times) kommentiert «Finis Germania»: «Misstrauen gegenüber der Autorität in Deutschland hat besorgniserregendes Niveau»

Von Nancy McDonnell; Aktualisiert: 27. Juli 2017 6:20

Der Skandal um Rolf Peter Sieferles Vermächtnis «Finis Germania» hat Wellen bis nach Amerika geschlagen. Und was dabei ebenfalls nicht verborgen blieb, ist das Misstrauen der Deutschen gegenüber ihrer eigenen Führungselite.



Plakat auf einer Dresdener Pegida-Demo. Foto: Foto: ZB/dpa

Kein Buch ist derzeit so umstritten wie «Finis Germania», kein Autor so kontrovers diskutiert wie Rolf Peter Sieferle, der Autor des genannten Werkes. Die Wellen, die Sieferle und sein Vermächtnis schlugen, reichen inzwischen bis nach Amerika. Kürzlich widmete die «New York Times» dem Buch sowie dem Autor einen ausführlichen Bericht und nannte Sieferle dabei «Deutschlands neuesten intellektuellen Antihelden».

In Deutschland ist er bekannt, der Skandal um Siefertles posthume Sammlung von Beobachtungen über Deutschlands politische Kultur. Vor Wochen fand man *«Finis Germania»* (der Titel ist eine Adaption auf *«das Ende Deutschlands»*) noch auf Platz 6 der Sachbuch-Bestsellerliste des *«Spiegel»*, dann entschied man, dass man Siefertles angeblichen Antisemitismus nicht verbreiten wolle und schickte das Buch in die Bestsellerlisten-Verbannung. (Siehe: *Spiegel zensiert eigene Bestsellerliste: «Finis Germania» verschwunden – Statement schürt Verkauf*) Plötzlich sprach die *«Zeit»* von einem Buch *«unverschämter Obszönität»*, die *«Berliner Zeitung»* schrieb von Siefertles *«intellektuellem Niedergang»*. Die *«Süddeutsche»*, die kurz zuvor noch Siefertles Gelehrsamkeit *«atemberaubend»* fand, nahm ihr Lob zurück.

Das alles blieb auch der *«New York Times»* nicht verborgen, auch nicht, dass die Kritik den Umsatz erst richtig ankurbelte. Laut seinem Verleger verkaufte sich das Buch rund 250 mal pro Stunde, bis es ausverkauft war.

Was den Amerikanern bei all dem Wirbel um *«Finis Germania»* offenbar nicht entgangen ist, ist die Unzufriedenheit und das Misstrauen der Deutschen gegenüber ihrer eigenen Führungselite. NYT schreibt: *«Was auch immer aus Herrn Siefertles Ruf wird, der Skandal um ihn hat einige unerwartete Probleme mit sich gebracht. Während die literarische Elite Siefertles Werk einstimmig als extremistisch verurteilte, sahen die Leser das anders. Sie zückten ihre Brieftasche und sagten: «Das muss genau das Buch für mich sein.» Das ist ein Zeichen dafür, dass das Misstrauen gegenüber der Autorität in Deutschland ein besorgniserregendes Niveau erreicht hat.»*

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/welt/nyt-kommentiert-finis-germania-misstrauen-gegenueber-der-autoritaet-in-deutschland-hat-besorgniserregendes-niveau-a2175496.html>

Biometrie und Kontrolle: Wie man den Menschen die Identifizierung per Gesichtserkennungssoftware schmackhaft machen will

1. August 2017

Was im alten Rom die Löwen und Gladiatoren waren, sind heute Fussball und technische Geräte wie Smartphones. Beide dien(t)en zur Ablenkung der Massen, so dass diese das herrschende System nicht hinterfrag(t)en. Letzteres erfüllt zudem eine Zusatzfunktion: Mittels Smartphone und Co. werden wir peu à peu an die Kontroll- und Überwachungsmassnahmen gewöhnt, die es den gleichen Gruppierungen ermöglichen, die Massen auch dann zu beherrschen, wenn sie doch einmal den Aufstand proben sollten.

Eine ganz wichtige Komponente dabei ist das Feld der Biometrie bzw. der *biometrischen Identifikation (bID)*. Die in den letzten Monaten zu beobachtenden Entwicklungen bei der bID im Flugverkehr (dabei soll unter anderem die bID die klassischen Einreisedokumente ersetzen) nehmen zwischenzeitlich sogar an Geschwindigkeit zu. So hat die US-Fluggesellschaft *Delta Airlines* am 19. Mai am Flughafen von Minneapolis-St. Paul ein neues Programm gestartet, dass *«automatisierte Gepäckkioske»* in die Abflug-/Ankunftshallen bringen soll, für dessen Nutzung die Passagiere ihre Pässe und ihr Gesicht scannen lassen müssen, damit Gepäck und Inhaber zuordbar sind. Dieser als *«Pilotprogramm»* betitelte Versuch sollte Rückschlüsse bieten, ob die Kunden solche *«automatisierten Gepäckkioske»* annehmen. Inzwischen wurde die zweite Phase dieses Programms am *«Reagan National Airport»* gestartet, bei dem Vielflieger mit biometrischen Bordkarten die Flugzeuge besteigen können. Auch einer der grössten Billigflieger in den USA, *«JetBlue»*, will Gesichts- und Fingerabdruckerkennungssoftware an zwei US-Flughäfen testen, um die Bordkarten zu ersetzen, so dass mittels neuer Technologien die Sicherheit und der Passagierdurchfluss an den Flughäfen erhöht werden kann.

Diese vermeintlich voneinander unabhängigen Versuche und Tests sind Teil eines grösseren Puzzles, das die US-Grenzbehörde (*US Customs and Border Protection*) implementieren will, das letztlich in eine staatliche Datenbank (betrieben von einer privaten Firma) münden soll, um die biometrische Erfassung, Zuordnung und dahinterliegende Prozesse der Personenerkennung zu beschleunigen. Diese Datenbank wurde übrigens von der US-Grenzbehörde am 15. Juni offiziell vorgestellt.

Mit der Heimatschutzbehörde (*Department of Homeland Security*) hat eine zweite US-Behörde erste Vorstösse unternommen, dass es verpflichtend werden soll, bID zu nutzen, wenn man ins Ausland reisen will:

Der einzige Weg für einen Einzelnen, um sicherzustellen, dass er oder sie nicht der Erfassung von biometrischen Informationen unterliegt, wenn er international reist, ist vom Reisen abzusehen.

Nun werden viele sagen, dass es sich hierbei um die USA handelt und dass es doch *«nur»* ums Reisen geht. Wie wir aber wissen, wird jede *«Kontrollmethode»*, die man zuerst in einem begrenzten Umfeld implementiert hat, eher früher als später auch auf andere Bereiche ausgeweitet. Nehmen wir das Beispiel der Gesichtserkennung, die nach einem BBC-Bericht einmal das Zugticket ersetzen soll:

Ein Gesichtserkennungssystem, das die Notwendigkeit von Fahrkarten in Zügen ersetzen soll, wird in Grossbritannien getestet. Eine frühe Version, die zwei Nah-Infrarot-Lichter verwendet, die (wiederum) eine einzige Kamera unterstützen, um die Struktur und die Ausrichtung jedes Pixels, das es erfasst, zu bestimmen, wurde *BBC Click* gezeigt. Das vom *Bristol Robotics Lab* entwickelte System wird teilweise von der Regierung und aus dem privaten Sektor finanziert. Forscher sagten den Sendungsmachern, dass sie glauben, dass es Passagiere erfolgreich identifizieren wird, ohne dass diese stehen bleiben müssen und dass es die Ticketschalter ersetzen könnte.

Selbst dem Unbedarftesten dürfte klar sein, dass Flughäfen und Zugtickets nicht das *«Ende der Fahnenstange»* sein werden. Die Gesichtserkennungstechnologie ist bereits inmitten der Gesellschaft angekommen. Seien es Überwachungskameras auf öffentlichen Plätzen oder Programme zur Zuordnung von Personennamen auf Bildern oder als Komponente so mancher App. Derzeit werden die gewonnenen Daten meist dazu genutzt, um Werbung gezielt an den Kunden zu bringen, aber auch um Gemütszustände erfassen oder politische Ansichten erkennen zu können. Beispielsweise will Moskau seine 150 000 Überwachungskameras mit der neuesten Gesichtserkennungstechnologie ausstatten, die sogar die Emotionen der Menschen analysieren kann, um damit ein *«Pre-Crime-Polizeisystem»* implementieren zu können.

Scheibchenweise werden wir an die neuesten Technologien herangeführt, um die Überwachung und Kontrolle per Kameras und Erkennungssoftware ohne grösseren Widerstand zu akzeptieren. Der politische Wille zur Umsetzung ist gegeben, die ersten benötigten Datenbanken existieren auch bereits ... und jetzt wird die entsprechende Technologie in allen Bereichen der menschlichen Existenz ausgerollt.

Wenn man so will: Die Schöne Neue Welt des Jahres 1984.

Quellen:

Facial Recognition ID Begins To Spread From Planes To Trains

Australia Aims To Be The First Country To Process Air Travelers Via Biometrics Nationwide

Delta Airlines Introducing Facial Recognition For Travelers

Delta Airlines Prepares to Trial Biometric Boarding with CLEAR

JetBlue Joins Delta In Push Toward Biometric ID; Partners With U.S. Customs And Border Protection

CBP will implement long-mandated biometric exit at airports, official says

DHS Outlines Mandatory Biometric ID At Airports For Foreign Travel

How facial recognition could replace train tickets

New software that can read your face could replace train tickets

U.S. Senator Calls For Federal Investigation Of Billboards Spying On The Public

Hidden Cameras Being Used To Measure And Manipulate Political Views Around The World

Russian Company Adds Pre-Crime Emotional Recognition Tech To Surveillance Cameras

Biometrie und Kontrolle: Körperkameras von Polizisten sollen mit Gesichtserkennungsfunktionalitäten ausgestattet werden

Polizeistaat: Russisches IT-Unternehmen implementiert «emotionale Pre-Crime-Erkennung» in Überwachungskameras

The FBI Has Secretly Gathered Millions Of «Faceprints» For Biometric Database For Years

Quelle: <https://www.konjunktion.info/2017/08/biometrie-und-kontrolle-wie-man-die-identifizierung-per-gesichtserkennungssoftware-den-menschen-schmackhaft-machen-will/>



18:35 26.07.2017; Valentin Raskatov

Die Spermaproduktion westlicher Männer hat im Verlauf von 40 Jahren um über die Hälfte abgenommen – das zeigt eine neue Studie. Manche Ursachen für Spermarückgang wie Rauchen und Fettleibigkeit sind bekannt, aber es gilt nun schleunigst alle Ursachen zu erforschen, die für einen solchen Rückgang verantwortlich sind.

Eine Studie der Hebräischen Universität Jerusalem zeigt: Bei westlichen Männern hat sich die Spermienproduktion beträchtlich verringert: So habe im Zeitraum 1973–2011 die Spermienkonzentration von männlicher Samenflüssigkeit um insgesamt 52,4 Prozent abgenommen, die Gesamtzahl vorhandener Spermien sei sogar um 59,3 Prozent gefallen, erklärt der Hauptautor der Studie Dr. Hagai Levine, Leiter Abteilung für Umweltgesundheit an der Hebräischen Universität Jerusalem.

An dieses erschreckende Resultat schliesst sich die Forderung des Forschers an: «Auf jeden Fall müssen wir jetzt dringend die Ursachen männlicher Unfruchtbarkeit und Spermienabfall untersuchen. Und gleichzeitig müssen wir Ursachen, von denen wir wissen, dass sie spermienschädigend sind, angehen und Männer von diesen katastrophalen Umwelteinflüssen zu schützen.»

Für den Autor ergibt sich aus der Studie: «Die Zahl der Männer, mit eingeschränkter Fruchtbarkeit bis hin zu Unfruchtbarkeit hat sich bedeutend erhöht.» Da geringe Spermienproduktion auch ein Indikator für Krankheit und Sterblichkeit ist, zieht er auch das Fazit: «Die allgemeine Gesundheit von Männern sinkt.» Dieser Wandel könne nur auf schädigende Umwelteinflüsse zurückgeführt werden, weil genetische Veränderungen niemals so schnell passieren können.

Aber warum gerade der westliche Mann? Man habe alle erhältlichen Daten ausgewertet, sagt Levine. Das seien Studien aus über 50 Ländern gewesen, darunter auch nicht-westlichen. Aber bei den letzteren gibt es einen Mangel an Daten, deswegen lässt sich da der Trend nicht genau ermitteln. Von den gegebenen Daten her kommt er zu dem Schluss, dass bei nicht-westlichen Männern der Abfall der Spermienproduktion nicht so hoch sei.

Über die Ursachen für dieses Phänomen selbst trifft die Studie keine Aussagen, diese Arbeit will der Autor als nächstes angehen. So viel sagt er aber: Dass man bereits um diverse chemische Einflüsse wisse, die sich negativ auf die Spermienproduktion auswirken. Hierzu zählt der Autor zum Beispiel Pestizide.

«Hinzu kommt ein gewisser Lebensstil, zum Beispiel Rauchen, Fettleibigkeit und ein Mangel an Bewegung», so Levine.

Bei der Studie handelt es sich um die erste meta-analytische Studie in diesem Gebiet. Meta-analytisch bedeutet, dass darin eine Vielzahl von Studien verglichen und aus dem gesamten Material Trends abgeleitet wurden, die die Spermienproduktion betreffen. Aus insgesamt knapp 7500 Untersuchungen zu dem Thema hatte die Gruppe um Levine 185 geeignete Studien ausgewählt.

Valentin Raskatov

Quelle: <https://de.sputniknews.com/panorama/20170726316762732-interview-mit-dem-macher-einer-erschreckenden-studie/>

Hierzu ein Auszug aus dem «FIGU-Forum Überbevölkerung» Nr. 3: Überbevölkerung und ihre ausartenden sowie natürlichen Folgen

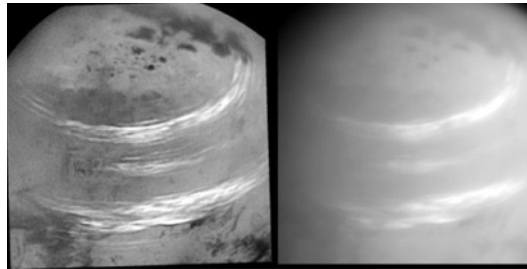
Die Unfruchtbarkeit von vielen Menschen wächst langsam aber sicher, was vermehrt den Adoptionsmarkt und die Leihmutterschaft ankurbelt, und damit steht der Mensch der Erde am Anfang der Entwicklung, die in bezug auf Kinderadoption, künstliche Befruchtung und Leihmutterschaft immer mehr Bedeutung erlangen wird. Die Unfruchtbarkeit in der menschlichen Gesellschaft – wovon immer mehr Frauen wie Männer betroffen sind – beruht dabei auf verschiedenen Faktoren. Einerseits sind es immer mehr Frauen, die von Geburt an unfruchtbar sind, während andererseits viele Männer infolge Verweichlichungsauswuchs weiblicher und durch mancherlei Umstände zeugungsunfähig werden, wie z.B. durch Drogen-, Hormone- und Medikamentenmissbrauch. Andererseits ist es jedoch in grossem Mass auch der Fall durch Gifte und Hormone usw., die massenweise in die Abwässer gelangen und damit wieder ins daraus regenerierte Trinkwasser für den Menschen. Weiter ist dies aber auch so hinsichtlich der natürlich in Feldern und Gärten sowie Treibhäusern angebauten Nahrungsmittel, die durch die gift- und hormonverseuchte Bewässerung die Gifte und Hormone ebenso aufnehmen wie auch viele industriemässig hergestellte Lebensmittel. Also werden noch zeugungsfähige Männer für deren Sperma und künstliche Befruchtungen, wie auch fruchtbare Frauen für Leihmutterchaften mit horrenden Geldbeträgen bezahlt, damit Kinder «gezeugt» werden können. Besonders wohlhabende Leute sind dabei so skrupellos, dass sie geraubte Kinder regelrecht kaufen, wobei sie stets ausgefeilte Wege finden, um sich gestohlene Kinder zu beschaffen oder sie von notleidenden Eltern zu kaufen, die mit dem Kaufgeld einige Zeit ihre Not beheben können. ...

Quelle und mehr dazu: http://www.figu.org/ch/files/downloads/figu_forum/figu_forum_ueber_01.pdf

Auch auf Kometen: «Lebensmolekül» auf Saturnmond Titan gefunden

Andreas Müller; Grenzwissenschaft Aktuell; Fr, 28 Jul 2017 07:09 UTC

Daten der Saturnsonde Cassini belegen die Existenz eines Molekültyps in der dichten oberen Atmosphäre des grössten Saturnmonds Titan, wie er auf der Erde wahrscheinlich die Grundlage zur Entstehung der Bausteine des Lebens darstellte.



© NASA

London (USA) – Wie das Team um Ravi Desai und Professor Andrew Coates von University College London (UCL) aktuell im Fachmagazin *«Astrophysical Journal Letters»* (DOI: 10.3847/2041-8213/aa7851) berichtet, handelt es sich um negativ geladene Kohlenstoffkettenanionen, die für die Entstehung von komplexem organischem Material verantwortlich sind.

Wie die Forscher weiter berichten, war die mit Hilfe des Plasma-Spektrometers der Sonde (CAPS) gemachte Entdeckung eine Überraschung, da die Molekülketten höchst reaktiv sind und deshalb innerhalb der dichten Titanatmosphäre eigentlich nicht lange überdauern sollten, bevor sie sich mit anderen Materialien kombinieren: «Diese Entdeckung in 950–1300 Kilometer Höhe verändert unsere bisherige Vorstellung von der Titan-Atmosphäre vollständig», erläutert Desai.

Interessanterweise zeigen die Daten, dass besagte Kohlenstoffketten mit zunehmender Nähe zur Titanoberfläche zusehends verdünnt werden, während die Vorgänger grösserer Aerosolmoleküle hier ein stetiges Wachstum durchlaufen. «Und das legt eine enge Verbindung zwischen den beiden nahe, innerhalb derer die Kohlenstoffketten die grösseren Moleküle anreichern, die dann – so vermuten Forscher – absinken und sich auf der Oberfläche des Mondes ablagern.»

Damit, so zeigen sich die Forscher überzeugt, haben sie den «ersten eindeutigen Nachweis von Kohlenstoffketten in einer planetenartigen Atmosphäre» erbracht, von der Wissenschaftler glauben, dass es sich um einen bedeutenden Schritt bei der Entstehung von grösseren und komplexeren organischen Molekülen sind, wie sie die grössten Partikel innerhalb der dichten Titan-Atmosphäre darstellen.

«Hierbei handelt es sich auch um einen wichtigen Vorgang im sog. interstellaren Medium, also jenen grösseren molekularen Wolken, aus denen Sterne entstehen. Jetzt sehen wir diesen Prozess in einer völlig neuen Umgebung. Damit könnte es sich also um einen universellen Prozess bei der Entstehung komplexer organischer Moleküle handeln. Damit stellt sich auch die Frage, ob dieser Vorgang auch auf anderen Stickstoff- und methanreichen Atmosphären, wie etwa auf Pluto oder dem Neptunmond Triton oder Exoplaneten mit ähnlichen Eigenschaften, stattfinden kann», so Desai.

Titan selbst besitzt eine dichte Atmosphäre aus Stickstoff und Methan, mit einer der komplexesten chemischen Zusammensetzungen im gesamten Sonnensystem. Deshalb sehen einige Wissenschaftler in Titan auch eine Art Modell der Atmosphäre der jungen Erde, bevor diese durch Sauerstoff angereichert wurde, und erhoffen sich vom Studium der Titanatmosphäre Erkenntnisse über genau jene chemischen Reaktionen, wie sie dann zur Entstehung des Lebens auf der Erde und vielleicht auch auf anderen Planeten führten.

«Damit könnte diese Entdeckung auch Auswirkungen auf die Suche nach Leben im Universum haben», erläutert Professor Coats und führt dazu weiter aus: «Titan ist ein nahes Beispiel für eine wirklich erstaunliche und exotische Chemie, von der wir noch einiges lernen können.»

«Während wir auf Titan bislang noch kein Leben selbst gefunden haben, so stellt die Entdeckung komplexer organischer Moleküle nicht nur auf Titan, sondern auch in Kometen und im interstellaren Medium doch einen Hinweis dafür dar, dass wir der Entdeckung der Vorgänger des Lebens ein gutes Stück näher gekommen sind», zeigt sich auch der Cassini-Projektwissenschaftler Dr. Nicolas Altobelli abschliessend von der Entdeckung begeistert.

Quelle: <https://de.sott.net/article/30416-Auch-auf-Kometen-„Lebensmolekül“-auf-Saturnmond-Titan-gefunden>

Forscher entfernen erstmals defektes Gen aus menschlichen Embryonen

Epoch Times; Aktualisiert: 3. August 2017 7:48

Genetische Veränderungen sind hochumstritten, weil Kritiker befürchten, dass in Zukunft «Designerbabys» mit bestimmten Merkmalen «bestellt» werden können.

Erstmals haben Forscher ein für eine Erbkrankheit verantwortliches defektes Gen aus menschlichen Embryonen entfernt. Die Arbeit der Wissenschaftler der Oregon Health and Science University wurde am Mittwoch in der Fachzeitschrift «Nature» veröffentlicht. Was ein bedeutender Schritt im Kampf gegen Erbkrankheiten sein könnte, ist ethisch umstritten.

Die Forscher aus den USA, China und Südkorea benutzten die sogenannte Genschere namens CRISPR-Cas9. Mit dieser entfernten sie das defekte Gen und ersetzten es durch einen fehlerfreien DNA-Abschnitt. Die für die Studie benutzten Embryonen wurden für reine Forschungszwecke genutzt, sie wurden nur einige Tage lang im Labor wachsen gelassen.

Im konkreten Fall ging es um eine erbliche Herzkrankheit. Die Forscher nahmen die Eizellen von gesunden Frauen und befruchteten sie mit dem Spermium eines Mannes mit dem Gendefekt. Zugleich setzten sie die Genschere ein. Bei 72 Prozent der Embryonen gelang es, den Fehler zu entfernen. Ziel sei es, auf 90 oder sogar 100 Prozent zu kommen, sagte der Co-Autor Shoukhrat Mitalipov.

Die Methode könne «potenziell dazu dienen, die Vererbung von genetischen Krankheiten auf die nächsten Generationen zu verhindern», sagte Paula Amato, Mitautorin der Studie. Jedoch seien weitere Studien, aber auch eine ethische Debatte nötig, bevor es klinische Versuche geben könne. (afp)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/welt/forscher-entfernen-erstmal-defektes-gen-aus-menschlichen-embryonen-a2181294.html>

FIGU-Informationen hierzu aus dem 251. offiziellen Kontakt vom 3. Februar 1995

Billy Und weiter werden die Entdeckungen und Erfindungen gehen, und zwar auch auf dem Gebiet der Gentechnologie resp. Genmanipulation, denn es kommt wie es kommen muss, und zwar ganz entgegen den Genmanipulationsfeinden, die heute schon dagegen wettern.

Die Zukunft nämlich ist nicht mehr allzufern, in der es gelingt, durch Genmanipulation Pflanzen und Tiere zu kreuzen und völlig neue Lebensformen zu kreieren. Also werden die dummen feindlichen Schreier umsonst schreien, die wahrheitlich ja froh sein sollten, dass die Wissenschaft endlich so weit vorangeschritten ist, dass Genmanipulationen möglich werden, denn allein dadurch wird es eines Tages gewährleistet sein, dass die genmanipulative Entartung im Erdenmenschen dereinst wieder korrigiert und er wieder in den Normalverlauf von Negativ und Positiv eingeordnet werden kann. Dadurch werden natürlich nicht die Schöpfungsgeheimnisse ergründet, denn diese bleiben dem Erdenmenschen vorderhand dann doch noch verschlossen, auch wenn ausserhalb der Erde in Raumstationen fleissig danach geforscht werden wird.

Psychopathen sind eine Gefahr für Unternehmen und Politik

Lisa Oenning; Handelsblatt; So, 06 Aug 2017 18:20 UTC



Düsseldorf – Zur Jahrtausendwende war Enron eines der grössten Unternehmen in den USA. In Veröffentlichungen bezeichnete sich der Energiekonzern gerne selbst als «die grossartigste Firma der Welt». Nur ein Jahr später folgte überraschend die Pleite: Aktionäre, Banken und Pensionsfonds verloren 60 Milliarden Dollar, mehr als 20 000 Mitarbeiter ihre Jobs.

Hinter dem Debakel steht ein Bilanzbetrug, der wohl einer der grössten der US-Geschichte ist: Um die Aktien nach oben zu treiben, hatte der Vorstand über Jahre die Bilanz des Konzerns künstlich aufgepumpt – mit Hilfe von mehr als 2000 Partnerunternehmen, über die Enron quasi mit sich selbst Geschäfte machte. Sogar als alle Fakten gegen sie sprachen, bestritten die dafür verantwortlichen Manager in den Medien, von der Manipulation gewusst zu haben.

Dieser Skandal ist nur ein Beispiel dafür, dass Psychopathen für die Wirtschaft eine existenzielle Gefahr darstellen können. Er ist gleichzeitig der Ausgangspunkt einer Studie von Forschern der Technischen Universität (TU) Kaiserslautern, die nun untersucht haben, wie hoch die Bereitschaft unter Managern ist, Bilanzen zu manipulieren und Insiderhandel zu betreiben.

Das Ergebnis: Menschen, die spezifische Charakterzüge eines Psychopathen aufweisen, stimmen in Unternehmen verstärkt wirtschaftskriminellen Handlungen zu. Laut Volker Lingnau, Leiter des Lehrstuhls Unternehmensrechnung und Controlling an der TU, ist es das erste Mal, dass solch ein Zusammenhang empirisch aufgezeigt worden ist.

Einer Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG zufolge war zwischen 2014 und 2016 fast die Hälfte der grossen Unternehmen in Deutschland von wirtschaftskriminellen Handlungen im eigenen Haus betroffen. Der geschätzte Schaden: Etwa 100 Milliarden Euro pro Jahr.

Mit ihrem hochgradig egoistischen, skrupellosen, manipulativen und kaltherzigen Verhalten sind die Psychopathen in Nadelstreifen also in der Lage, Unternehmen nachhaltig zu schaden – und sogar in den Ruin zu treiben. Sie entsprechen keinesfalls dem Klischeebild eines Psychopathen wie Jack the Ripper oder Hannibal Lecter. Der Unternehmenspsychopath weiss sich stets zu tarnen: «Psychopathen bleiben oftmals unerkannt, weil sie zielstrebig und intelligent sind, charmant auftreten sowie in der Lage sind, andere für sich zu begeistern», sagt Lingnau.

Gesellschaft kann von Psychopathie auch profitieren

Von dieser Seite einer psychopathisch veranlagten Person kann die Gesellschaft allerdings auch profitieren, meint der Organisationspsychologe Marc-Stephan Daniel, der in seinem Buch *‘Tough Talk’* die Verhaltensweisen von Narzissten, Egoisten und Psychopathen thematisiert. «Es mag überraschen, aber nicht alle psychopathisch veranlagten Charaktere sind zwangsläufig kriminell.» Es gebe viele, die höchst erfolgreich seien als Chirurgen, Anwälte, Schauspieler, Piloten oder bei der Polizei.

Denn: Solche Menschen seien in der Lage, sich in Ausnahmesituationen ganz auf das Jetzt zu fokussieren. «Durch bleiben sie in Situationen, in denen andere kurz vor dem Nervenzusammenbruch stehen, [...] im höchsten Masse ruhig, konzentriert und handlungsfähig», schreibt Daniel.

Und sie haben laut dem Experten einen weiteren entscheidenden Vorteil: Sie können andere extrem gut lesen. Psychopathen erkennen auf einen Blick die Schwächen des Gegenübers. «Sie antizipieren mit äusserster Präzision, was andere erwarten, und bedienen diese Erwartungen mit Charme und einer gelungenen schauspielerischen Inszenierung.» Auch Lingnau ist der Ansicht, dass Eigenschaften wie diese von Vorteil im Job sein können, aber: «Die Frage ist, ab welchem Punkt das Verhalten krankhaft ist.»

Denn Psychopathie kann nicht so einfach diagnostiziert werden wie beispielsweise ein Armbruch oder ein Magengeschwür. Sie ist angeboren und nicht therapierbar. Mehrere Symptome treten gleichzeitig auf, aus denen Ärzte einen Punktwert berechnen. Ab einem gewissen Wert sprechen sie davon, dass ein Patient psychopathisch gestört ist. Das Problem laut Lingnau: Die Skala ist nicht zu 100 Prozent objektiv. Die Folge: Psychopathen bleiben unentdeckt.

Zwar können eine vergleichsweise hohe Fluktuation, Zahl an Krankmeldungen in einer Abteilung und Mobbing ein Signal dafür sein, dass ein Psychopath sein Unwesen im Unternehmen treibt. Mitarbeiter haben allerdings beispielsweise so gut wie keine Chance, den Chef als solchen zu entlarven – «schliesslich kann die Führungskraft auch einfach nur ein schlechter Vorgesetzter sein», sagt Lingnau.

Unternehmen sind aus diesem Grund aus Sicht des Experten gut beraten, wenn Personaler versuchen, Psychopathen erst gar nicht anzulocken. Zum Beispiel, indem sie im persönlichen Gespräch betonen, dass das Unternehmen Wert auf Teamarbeit legt und auch das Entlohnungssystem an der Zusammenarbeit ausgerichtet ist. «Das macht Stellen für Psychopathen eher unattraktiv, weil sie oftmals Egoisten sind, die mit Teamarbeit überhaupt nichts anfangen können.» Um Unternehmen Empfehlungen zu geben, wie sie Psychopathen am besten vorbeugen, sei es aber noch ein weiter Weg – gerade weil Psychopathie nur schwer zu diagnostizieren ist.

Quelle: <https://de.sott.net/article/30654-Psychopathen-sind-eine-Gefahr-fur-Unternehmen-und-Politik>

Interne E-Mails legen nahe: Monsanto hat an ‹unabhängigen› Studien über Glyphosat fleissig mitgeschrieben

RT Deutsch; Fr, 11 Aug 2017 11:07 UTC



© Reuters / Yves Herman

Glyphosat ist eine chemische Verbindung aus der Gruppe der Phosphonate. Es wird seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre zur Unkrautbekämpfung in Landwirtschaft, Gartenbau, Industrie und Privathaushalten eingesetzt.

Die Verwendung ist jedoch hoch umstritten.

Monsanto löste mit seinem ‹Roundup Ready› Samen und dem Herbizid namens ‹Roundup› eine landwirtschaftliche Revolution aus. Als erste Kritik an dem Produkt aufkam, verwies der Konzern gerne auf unabhängige Studien. Doch interne Mails erhärten nun den Verdacht, dass Monsanto an einigen Studien fleissig mitgeschrieben hat.

Die Fähigkeit, Unkraut zu töten, während die wünschenswerten Kulturen intakt bleiben, machte das Produkt ‹Roundup›, mit dem umstrittenen Wirkstoff Glyphosat, zu einer der weltweit am häufigsten verwendeten Pflanzenchemikalien. Als erste Kritiker anmerkten, dass es eventuell gesundheitsschädlich sei, verwies der Chemiekonzern darauf, dass der Wirkstoff von unabhängigen Stellen überprüft worden sei. Doch nun gibt es offenbar neue Belege dafür, dass diese Überprüfungen nicht so unabhängig waren, wie angegeben.

Wie ‹Bloomberg Businessweek› berichtet, zeigen Dutzende von internen Monsanto-E-Mails, wie das Unternehmen zusammen mit einer externen Beratungsfirma versuchte, die wissenschaftliche Zeitschrift ‹Critical Reviews in Toxicology›, zu Deutsch ‹Kritische Rezensionen zur Toxikologie›, zur Veröffentlichung einer angeblich ‹unabhängigen› Gesundheits-Studie von ‹Roundup› zu bewegen. Die E-Mails wurden am 1. August von Anwälten, die gegen Monsanto prozessieren, veröffentlicht.

Die im Jahr 2016 erschienene Studie sollte die Bewertung der Internationalen Agentur für Krebsforschung (IARC) entkräften, wonach Glyphosat vermutlich krebserzeugend ist. Die Bewertung der IARC führte dazu, dass Glyphosat als karzinogen gelistet wurde. **Monsanto gab unterdessen zu, dass es die Beratungsabteilung von ‹Intertek Group Plc›, ein Unternehmen, das sich auf Qualitätssicherung spezialisiert hat, dafür bezahlt habe, die Studie mit dem Titel ‹Eine unabhängige Überprüfung des karzinogenen Potentials von Glyphosat› zu entwickeln.** Den Vorwurf der Manipulation lehnt Monsanto jedoch ab.

Monsanto bestreitet unter anderem, dass die Experten, die für die Studie verantwortlich waren, von Monsanto direkt kontaktiert wurden. In einer Erklärung des Unternehmens heisst es:

Das Experten-Panel wurde von ‹Intertek› rekrutiert, es wirkte beratend für ‹Intertek› und wurde nicht direkt von der Firma Monsanto kontaktiert; so die Erklärung des Unternehmens.

Zudem hätten weder irgendwelche Monsanto-Firmenmitarbeiter noch irgendwelche Anwälte eines der Manuskripte des Experte-Panels vor der Einreichung an die Zeitschrift geprüft.

Monsantos interne E-Mails erzählen jedoch eine andere Geschichte. **Die Korrespondenz belegt, dass der Leiter der Abteilung Wissenschaftsregularien, William Heydens, und andere Monsanto-Wissenschaftler stark an der Organisation, Überprüfung und Bearbeitung von Entwürfen beteiligt waren, die von den externen Experten eingereicht wurden. Heydens soll sogar bei einigen Punkten sein Veto eingelegt haben.**

So soll zum Beispiel einer der Experten, John Acquavella, ein Epidemiologe an der Aarhus Universität in Dänemark, geschrieben haben, dass ‹eine umfangreiche Revision des zusammenfassenden Artikels notwendig› sei. Er habe auch Änderungsvorschläge in seiner Mail mitgeschickt. Ashley Roberts, der Koordinator der Glyphosat-Papiere für ‹Intertek›, soll die Mail von Acquavella zusammen mit den Änderungsvorschlägen an Heydens weitergeleitet haben. Mit der hinzugefügten Warnung:

Bitte werfen Sie einen Blick auf das Neueste aus der Epidemiologie Gruppe !!!!

Heydens soll die Änderungswünsche von Acquavella überarbeitet haben. Monsanto verteidigt dennoch die Unabhängigkeit der Studie. Man habe nur ‹kosmetische Bearbeitung› betrieben und nichts ‹Substantielles› verändert, so Scott Partridge, Monsanto's Vizepräsident für globale Strategie bei Monsanto.

Doch in der Wissenschaftsgemeinde mehrt sich der Unmut über das Vorgehen von Monsanto. Die redaktionelle Beteiligung des Unternehmens erscheine ‹in direkter Opposition zu der Vereinbarung›, sagte Genna Reed,

eine Wissenschaftlerin und Politikanalytikerin bei der Union des Zentrums für Wissenschaft und Demokratie. «Es scheint ziemlich verdächtig zu sein», so Reed.

Auch der Chefredakteur der «Critical Reviews in Toxicology», Roger McClellan, zeigt sich in einem Brief an die Herausgeber des Magazins besorgt:

Das sind ernsthafte Anschuldigungen im Zusammenhang mit dem wissenschaftlichen Publikationskanon und sie verdienen eine sehr sorgfältige Untersuchung, schrieb McClellan. Und weiter:

Ich kann Ihnen versichern, dass Taylor und Francis, als Verleger und ich als wissenschaftlicher Redakteur der «Kritischen Rezensionen zur Toxikologie», die Angelegenheit sorgfältig untersuchen und entsprechende Massnahmen ergreifen werden.

Eine Sprecherin von Taylor & Francis bestätigte, dass eine Untersuchung begonnen habe. Weitere E-Mails zeigen zudem, dass der Name von Monsanto's führender Toxikologin, Donna Farmer, als Co-Autorin einer Studie aus dem Jahr 2011 über die Fortpflanzungseffekte von Glyphosat entfernt wurde, aber nicht bevor sie wesentliche Änderungen und Ergänzungen an ihrem Dokument vornahm. Die in Taylor & Francis «Journal of Toxicology and Environmental Health» veröffentlichte Studie diente dazu, den Befunden zu begegnen, dass Glyphosat die menschliche Reproduktion und Entwicklung beeinträchtigt.

Quelle: <https://de.sott.net/article/30600-Interne-E-Mails-legen-nahe-Monsanto-hat-an-unabhangigen-Studien-uber-Glyphosat-fleiSsig-mitgeschrieben>

Soziologe Hauke Brunkhorst:

Bilanz nach zwölf Jahren Merkel – Europäische Union liegt in Trümmern

15.08.2017 • 06:14 Uhr



Quelle: Reuters

Während man sich in Berlin gern über eine neoimperiale Politik der USA moniert, erinnert der Soziologe Hauke Brunkhorst daran, dass die Europäische Union aufgrund der Politik von Angela Merkel selbst zu zerbrechen droht. Die demokratische Solidarität in Europa habe stark unter der Politik Berlins gelitten.

Auf die Frage, was die frischgebackene Kanzlerin auf ihrem ersten EU-Gipfel im Dezember 2005 gelernt habe, antwortete Angela Merkel, «Dass man die Hoffnung nicht verlieren darf.» Zudem soll sie zufrieden gesagt haben, sie habe eine «konstruktive und durchaus wichtige Rolle» spielen können. Zwölf Jahre später haben sich Konstellationen, Prioritäten und der Kern Europas verändert.

In einem Artikel für die Fachzeitschrift «Blätter für deutsche und internationale Politik» zieht der Soziologe Hauke Brunkhorst eine Bilanz aus zwölf Jahren Europa unter Angela Merkel und kommt zu einem vernichtenden Urteil: «Die Europäische Union liegt heute schon fast in Trümmern – und zwar nicht zuletzt infolge der deutschen Politik der letzten Dekade, die von ihr selbst betrieben wurde.

Unter anderem habe sie die Demokratie ausgehöhlt, indem die Souveränität des Parlaments, entgegen der Verfassung, von der Selbstbestimmung zur marktconformen Mitbestimmung gekappt wurde.

Der enge Fokus auf die Marktconformität habe sich bereits in Merkels erster Amtszeit abgezeichnet. Durch die Art wie Berlin der Weltwirtschaftskrise begegnete, kam es ab 2008 in Europa «zu einer Kumulation multipler Krisen», da vor allem «national-egoistische Antworten» vorgebracht wurden. Kurz nach dem «grössten, global koordinierten Konjunkturprogramm der Geschichte» durch die Bankenrettung mit Steuergeldern mussten sich Staaten erneut bei Investoren und Banken anbiedern, um die entstandenen Kosten auszugleichen. Ganz zu dem Vorteil letzterer:

Die Zinserträge, die ihnen Krise und Zusammenbruch versüssten, steckten Banken, Automobilkonzerne und Investoren gleich wieder in hoch spekulative Finanzprodukte, während Kindergärten und Schulen leer ausgingen und die säkulare Stagnation den sozialen Abstieg breiter Bevölkerungsschichten besiegelte.»

Es folgte die europäische Krise mit eklatanter Ungleichheit und der «griechischen Tragödie».

«In der Eurozone wurde die Weltwirtschaftskrise spätestens mit der griechischen Tragödie – und unter der Führerschaft Angela Merkels und Wolfgang Schäubles – zur sozialen Krise Europas.»

Da die Nationalstaaten selbst die teuren Folgen der Krise ausbaden mussten, und angesichts ungleicher Wettbewerbsbedingungen auf einem «schief gelegten Spielfeld», ächzt der arme europäische Süden seither unter den Folgen. Vor allem die Jugendarbeitslosigkeit ist eklatant.

«Faktisch bedroht sie seit Jahren eine ganze Generation mit dem sozialen Tod.»

Auch dank der Politik aus Berlin wurden europäische Bürger zu «Kunden mit Rechten». Gleichzeitig scheint Deutschland nach gewissen makroökonomischen Parametern zu prosperieren, mit steigenden Gewinnen, stagnierenden Löhnen und – dank ausgeweitetem Niedriglohnsektor – niedriger Arbeitslosenzahlen. Die Ungleichheit wird durch das europäische Wettbewerbsrecht noch verstärkt. Und im europäischen Verfassungsrecht ist die «ungerechte Verteilung der Lasten» fest verankert, sowohl in Brüssel als auch national.

Auch die Urteile des Europäischen Gerichtshofs haben zu der «faktischen Entrechtung der lohnabhängigen sozialen Klassen» beigetragen, wie Brunkhorst schreibt:

Das sei nur ein weiterer Aspekt in einer ganzen Serie von *rates to the bottom*, in dem es nur darum geht, wer als Erster die soziale Differenz in die Höhe, die demokratische Selbstbestimmung auf den Nullpunkt und die Menschenrechte mit den Geflüchteten aus dem Land jagt.

Nach Ansicht von Brunkhorst ist unter Führung Angela Merkels, und in Nachfolge von Gerhard Schröders Agenda 2010, der Kampf zwischen armen und reichen, entwickelten und unterentwickelten Nationalstaaten um Wettbewerbsvorteile an die Stelle der sozialstaatlich institutionalisierten Klassen- und Verteilungskämpfe getreten. Auch Claus Offe sieht in dem Kampf um Wettbewerbsfähigkeit den Kern der versteckten Verfassung Europas.

Das Verfassungsrecht der Union und die Interessen der grossen Banken blockieren den Rückfluss der Gewinne des exportstarken Nordwestens in den importabhängigen Süden und ersticken damit die demokratische Solidarität Europas im Keim. Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank tat ihr übriges und das griechische Beispiel zeigt, dass es den Staaten kaum möglich ist, sich dem Diktat aus Berlin zu entziehen.

Das Regime des Euro ist der seltene Fall einer fast reinen Form der Systemintegration ohne Sozialintegration. (...) Damit ist das Regime des Euro zusammen mit dem immer schon hegemonialen Wettbewerbsrecht und der Priorität des Privateigentums zur fast unabänderlichen, nur durch einstimmigen Beschluss aller Gliedstaaten wandelbaren, substantiellen Verfassung Europas geworden.

«Es hat Demokratie und Menschenrechte an den veränderlichen und anpassungsfähigen Rand abgedrängt – ohne dass dies, trotz der Affinität dieses Regimes zu den Interessen der herrschenden Klassen Europas, die sozialen Akteure wirklich gewollt hätten», schreibt Brunkhorst.

Die Kanzlerin persönlich drückte mit ihrer «erpresserischen» Aussage «Stirbt der Euro, stirbt Europa» bereits aus, was Athen von Schäuble im Jahr 2015 zu spüren bekam. Die linke Regierung Griechenlands, «die sich der Besetzung des Landes durch die Banken des Nordens» widersetzen wollte, wurde «unter Federführung Wolfgang Schäubles bestraft und gedemütigt». Umgekehrt verdiente Deutschland nach einer Studie des Leibnitz-Instituts an der Kapitalflucht aus Griechenland 100 Mrd. Euro. Um die Idee eines sozialen Europas zu erneuern, bedürfte es nach Ansicht des Autors einer von unten konstituierten, demokratischen Regierung Europas, die auf die Eurozone beschränkt sein sollte und stark genug wäre, der Erpressungsmacht des Kapitals etwas anderes entgegenzusetzen als kleinlaute Marktkonformität à la Merkel.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/europa/55654-bilanz-nach-zwölf-jahren-merkel-europa-in-truemmern/>

Vulkane: Gigantische Magmakammer unter US-Bundesstaat Washington entdeckt – weltweite Aktivität

aikos2309; PRAVDA-TV; So, 13 Aug 2017 17:35 UTC

Im US-Bundesstaat Washington wurden Hinweise auf eine bislang unentdeckte «heisse Zone» gefunden und das inmitten der drei aktiven und gefährlichen Vulkane Mount Adams, Mount Rainier und Mount St. Helens, allesamt auf der rund 1130 Kilometer langen Kaskadenkette gelegen, die zum Pazifischen Feuerring gehört.

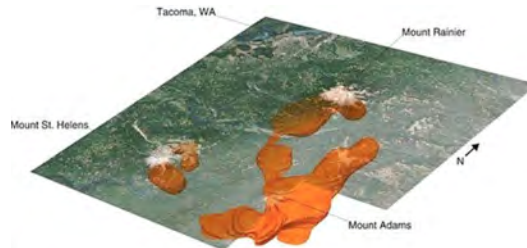
Dass unter dem Yellowstone-Nationalpark im US-Bundesstaat Wyoming ein Supervulkan mit einem gigantischen Magmareservoir brodelt, ist bekannt. Nicht bekannt war hingegen bislang, dass er ein feuriges Pendant in Washington haben könnte. Doch die Hinweise darauf verdichten sich.

Die ‹heisse Zone› soll gigantische Ausmasse haben

Die ‹heisse Zone› in Washington wird von Forschern der Universität von Rhode Island und dem United States Geological Survey in einer Tiefe vermutet, in der sich flache Magmakammern mit den aufsteigenden Magmaströmen, die die Erdkruste durchbrechen, treffen.

Sie soll riesig sein und 12 800 Kubikkilometer Magmavolumen führen. Das ist doppelt so viel, wie bislang für die drei Vulkane angenommen, denen sie als Nachschubspeicher dienen könnte. Dies hat das Forschungsteam jetzt im Fachmagazin ‹Scientific Reports› publik gemacht.

Die seismischen Wellen bewegen sich dabei aussergewöhnlich langsam, was, wie die Forscher darlegen, ein starker Indikator dafür sei, dass sehr viel geschmolzenes Material mitgeführt werde.



Beeinflusst sie den gesamten Vulkanismus der Kaskadenkette?

Inwieweit beeinflusst diese Zone den gesamten Vulkanismus der Kaskadenkette? Versorgt sie den Mount Adams, den Mount Rainier und den Mount St. Helens zusätzlich mit Magma?

Bislang hatte man das Untertauchen dreier kleinerer tektonischer Platten und die Nordamerikanische Platte für die gefüllten Magmakammern und die Aktivität der drei Vulkane verantwortlich gemacht. Diesen Fragen muss im nächsten Schritt begegnet werden (Yellowstone Supervulkan: 700 Schwarmbeben in den letzten zwei Wochen). Noch ist die Existenz der heissen Zone nicht definitiv belegt. Hierfür seien weitere Nachforschungen von Nöten, so die Wissenschaftler. Diese sind dringend nötig, um eine Katastrophe zu verhindern.

Das Sorgenkind Nummer eins der Seismologen ist dabei derzeit der Mount Rainier: Dessen Ausbruch hätte fatale Folgen für die Bewohner Seattles.

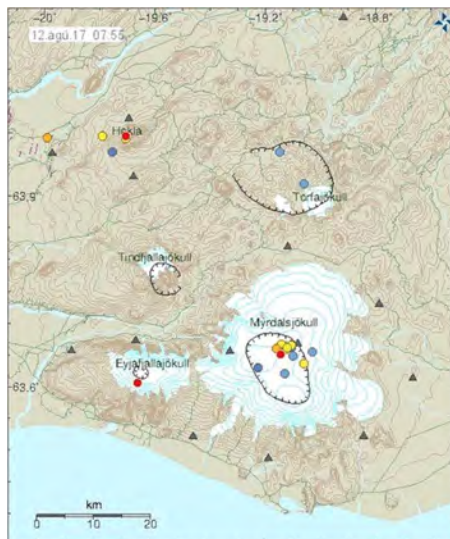
Weltweite Vulkanaktivität

12. August Karymsky: Grössere Ascheeruption

Der Vulkan auf der sibirischen Halbinsel Kamtschatka hatte heute eine grössere Eruption produziert. Das VAAC Tokyo registrierte um 18.32 Uhr UTC eine Aschewolke, die über 7 km hoch aufstieg. Die Asche driftete in süd-östlicher Richtung.

Katla: Erdbeben M 3,0

Heute gab es unter dem subglazialen Vulkan Katla auf Island wieder ein Erdbeben der Magnitude 3,0. Das Hypozentrum lag in nur 100 m Tiefe. Bisher folgte kein Schwarmbeben. Interessanter ist aber das Geschehen an der benachbarten Hekla: Dort verzeichnete das IMO 5 schwache Erschütterungen.



Erdbeben unter Katla und Hekla

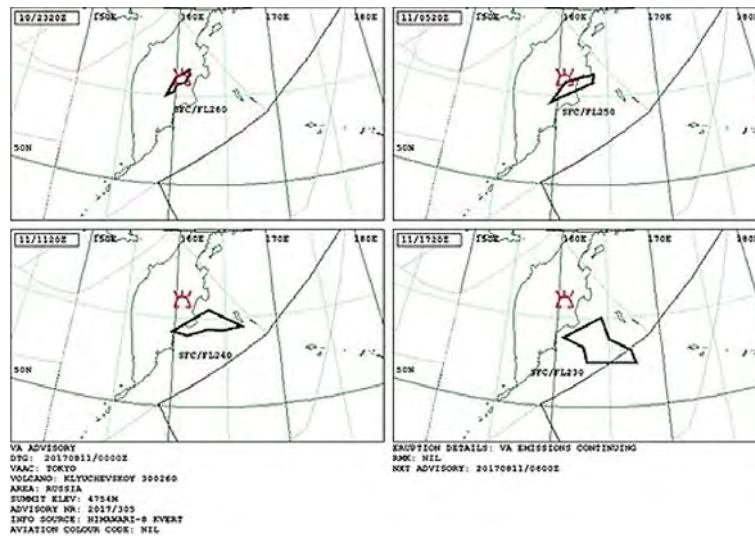
Der Vulkan ist seit Monaten durchgeladen und laut Aussagen der Vulkanologen zu einem Ausbruch bereit. Bei früheren Ausbrüchen gab es nur sehr wenig Vorwarnung durch Erdbeben.

Sakurajima wieder munterer

Der japanische Vulkan Sakurajima eruptierte in den letzten 24 Stunden 7 Mal. Vulkanasche stieg dabei bis zu 3 km hoch auf. Wegen dem dunstigen Wetter ist auf den LiveCams fast nichts zu sehen, ich konnte allerdings gerade eine Aschewolke erahnen. Heute ereignete sich vor der Südküste der Insel Kyushu auch ein Erdbeben der Magnitude 5,3.

11. August: Klyuchevskoy: Grössere Ascheeruption

Der Klyuchevskoy auf Kamtschatka hat heute Nacht eine Serie grösserer Eruptionen produziert. Das geht aus Meldungen des VAAC Tokyos hervor. Es wurde Vulkanasche in fast 8 km Höhe registriert. Allerdings muss man berücksichtigen, dass der Vulkan selbst fast 5 km hoch ist, die Asche somit ca. 3 km über Kraterhöhe aufstieg. Dieses Jahr wurden bereits 306 Aschewolken beobachtet. Der Vulkan ist seit mehreren Jahren sehr aktiv. Die eruptiven Phasen werden allerdings von mehrwöchigen Pausen unterbrochen.



Grafik der Aschewolke

Shiveluch mit pyroklastischen Strömen

Der Nachbarvulkan Shiveluch taucht ebenfalls in den Meldungen auf: Gestern ereigneten sich neue Eruptionen, bei denen pyroklastische Ströme entstanden. Die Vulkanasche erreichte eine Höhe von 6 km.

Laut der Seite volcanodiscovery.com sind aktuell 38 Vulkane im roten Bereich (37 im März 2017) der Ausbruch-Phase, während 47 im orangenen Bereich (50 im März 2017) sind, auf Warnstufe, demnach wieder eine leichte Zunahme der globalen Vulkanaktivität in den letzten Monaten.

Quelle: <https://de.sott.net/article/30618-Vulkane-Gigantische-Magmakammer-unter-US-Bundesstaat-Washington-entdeckt-weltweite-Aktivitaet>

Erklärung pyroklastischer Strom

Eine Glutlawine entspricht einer Variante der pyroklastischen Ströme. Eine durch Lava ausgelöste Schlamm-lawine wird «Lahar» genannt und erreicht Fliessgeschwindigkeiten von weniger als 100 km/h., wobei er auch entschieden kälter ist als ein pyroklastischer Strom, der grundsätzlich von einem Lavastrom unterschieden wird.

FIGU-Informationen hierzu aus

«Voraussagen und Prophetien 1951 und 1958» von «Billy» Eduard Albert Meier

«Die ungeheuren Massen und Gewichte der Städte und Dörfer drangsalieren die inneren Strukturen der Erde laufend immer mehr, wodurch die Tektonik beeinträchtigt wird, was zwangsläufig vermehrt zu tektonischen Verschiebungen und Verwerfungen führt, durch die weltweit ungeheure Beben hervorgerufen werden, wobei dann die Toten letztlich in die Hunderttausende und in die Millionen gehen werden. Und diese Beben haben auch Einflüsse auf den gesamten irdischen Vulkanismus, folglich auch die Vulkane, die weltweit vielfach mit-

einander verbunden sind, immer häufiger und immer zerstörerischer in Tätigkeit treten. Auch das wird viele Menschenleben fordern, und zwar besonders in jenen Gegenden, wo unvernünftigerweise zu nahe an den Vulkanen Wohnstätten gebaut werden, wie das auch der Fall ist an Stränden von Meeren, an grossen Flüssen und Seen, wo unmittelbar an die Ufer gebaut wird, die durch Sturmwellen und Flutwellen in gewaltigem Masse überschwemmt und sehr viele Menschenleben fordern werden.»

Kontaktgespräch und Voraussagen von Sfath, vom Mittwoch, 1. September 1948

«Doch auch im Süden von Europa werden die alles umwälzenden Folgen gewaltig sein, wenn die Vulkane Ätna, Vesuv und Stromboli sowie der submarine grösste aktive Vulkan Europas, der Vulkan Mount Marsili vor Italien, nebst rund zwei Dutzend weiteren submarinen Vulkanen im Mittelmeerraum zu eruptieren beginnen. Auch die Caldera resp. der Supervulkan Phlegräische Felder in Italien macht sich bereits immer mehr bemerkbar, um in fernerer Zukunft die Erde aufzureissen. Allein in Italien und Sizilien sind 24 gefährliche Festland-, Insel- und submarine Vulkane, wovon drei Calderengebiete sind, die in fernerer kommenden Zeiten viel Unheil anrichten werden. Dass die mit Abstand meisten aktiven Vulkane submariner Natur und äusserst tätig sind, ist der Erdenmenschheit allgemein noch nicht bekannt, weil diese grossteils unbekanntes Unterwasservulkane, die auf der Erde in die Hunderttausende gehen, nie die Wasseroberfläche durchbrechen. Ein ganzer Ring solcher Unterwasservulkane liegt auf den Gipfeln der längsten Bergkette der Welt, dem Mittelozeanischen Rücken, was aber der Erdenmenschheit bis heute noch nicht bekannt ist. Besonders ab dem Jahr 2001 werden die süditalienischen Vulkane speziell aktiv, wobei im Jahr 2002 der Stromboli und 2003 der Ätna grosse Tätigkeiten aufzeigen werden, die in einer Zone angeordnet sind, in der die afrikanische und die europäische Erdplatte zusammenstossen. Es werden im neuen Jahrtausend grössere Aktivitäten auch beim Vesuv in Italien auftreten, wie aber auch grosse Vulkantätigkeiten an der Südwestküste von Südamerika sowie besonders auf Sumatra und anderen Gebieten in Indonesien. Es werden aber weltweit auch vermehrt besonders schwere Seebeben zu gewaltigen viele Meter hohen Seebebenwellen führen, die viel Unheil anrichten und Zigtausende Todesopfer fordern werden, was sich besonders in den ersten zwei Jahrzehnten im neuen Jahrtausend erweisen und bis zum Jahr 2015 dauern, jedoch nicht beendet werden wird. Alles wird in sich vermehrendem Rahmen weitergehen, wobei das Zeichen dafür grosse Erdbeben in Mittelitalien sein werden, die die Phase des Beginns der Erfüllung jener Geschehen sein werden, die in weiterer Zukunft viele Katastrophen, viel Unheil, Leid, Not, Elend und Zerstörungen über die Erde bringen werden. Der Werdegang dafür wird sich besonders im neuen Jahrtausend bis zum Jahr 2015 durch sehr viele Erdbeben und Seebeben ankünden, die Hunderttausende Menschenleben fordern werden, was durch die Erdenmenschheit nicht zu verhindern sein wird. Und dass es so viele Tote geben wird – die in fernerer Zukunft noch sehr viele mehr sein werden –, das wird einzig infolge der Überzahl der rasant wachsenden und überbordenden Überbevölkerung der Erdenmenschheit möglich sein. Doch bis zu dem Zeitpunkt, zu dem sich der Beginn der kommenden wirklich grossen Naturkatastrophen ergeben wird, nämlich ab dem neuen Jahrtausend und besonders ab dem Jahr 2015, ab dem die Erdenmenschheit nichts mehr an den kommenden unheilvollen Geschehen verändern und diese auch nicht mehr aufhalten kann, werden noch Tausende kleinere, mittlere und grosse Seebeben und Erdbeben die Erde erschüttern. Die schwersten davon sollen ab dem neuen Jahrtausend bis zum eigentlichen Beginn des Unabänderlichen im Jahr 2015 genannt werden, und alles soll damit einen Blick in die Schrecken geben, die durch die Naturkatastrophen in Erscheinung treten werden. Und all diese Naturkatastrophen werden durch die Erdenmenschheit infolge ihrer Unvernunft und all ihrer zerstörenden Machenschaften am Planeten, der Natur, der gesamten Pflanzen- und Wasserwelt sowie an all deren Lebewesen zu 75% selbst verschuldet.»

Wahlen sind das Herzstück der Demokratie und Wahlfälschungen auch!

Posted by Maria Lourdes - 17/08/2017

Vorausschicken möchte ich auch hier:

Es wird keine Lösung von Problemen innerhalb des derzeitigen Systems geben, weil «das System BRiD» an sich überhaupt nicht hinterfragt wird. Die Parteien haben alle demokratischen Schlüsselentscheidungen an sich gerissen und das System von Grund auf verdorben. Sie beherrschen die Medien, welche, statt sachlich zu informieren, die Menschen nach ihren Vorstellungen umerziehen, belügen und belehren ...!

Eine Sympathie für die AfD hege ich auch nicht, sagt Maria Lourdes!



Soweit ist es bei uns also schon gekommen: Nach der Landtagswahl vom 14. Mai 2017 in Nordrhein-Westfalen (NRW) beanstandete die AfD Auffälligkeiten in 77 Stimmbezirken (von rd. 15 500) und beantragte Nachzählung. Das Ergebnis war niederschmetternd.

In allen geprüften Bezirken musste das Ergebnis für die AfD deutlich nach oben korrigiert werden.

Im Gegensatz dazu blieben die Zahlen für die anderen Parteien so gut wie unverändert. Es lag daher Wahlfälschung gegen die AfD vor.

Wahlfälschungen in Deutschland (!)

Pro Stimmbezirk wurden durchschnittlich 28,6 AfD-Stimmen unterschlagen, so dass am Ende ein Plus von 2208 AfD-Stimmen herauskam. Das führt zu interessanten Spekulationen. Laut Auskunft des Landeswahlleiters fehlten der AfD nach der Neuauszählung nur noch 9800 Stimmen zum 17. Mandat. Hätte man daher in den übrigen 15 423 Wahllokalen durchschnittlich nur je 0,65 AfD-Stimmen neu «entdeckt», gäbe es keine CDU/FDP-Regierung in NRW, denn diese verfügt nur über eine Mehrheit von einer Stimme!

Nur Einzelfälle? Fast ebenso erschütternd wie die Fälschungen selbst ist der Umgang der Politik mit diesem Verbrechen. Man wiegelte ab und sprach von Einzelfällen. Nach diesem Muster verfuhr auch die «Qualitäts-»-presse. Sie nahm ihr Wächteramt nur halbherzig und verharmlosend wahr, so etwa, als geschrieben wurde, dass sich ein Wahlvorstand «vergallopiert» hätte!

Bedenklich ist auch, dass die Polizei erst in einem einzigen Stimmbezirk wegen Wahlfälschung Vorermittlungen eingeleitet hat. In mindestens 76 Bezirken stehen diese noch aus! Es gab warnende Vorzeichen. In dieses Bild passt der fahrlässige Umgang mit warnenden Vorzeichen.

Schon im Jahr 2013 veröffentlichten zwei Wissenschaftler (Achim Goerres, Köln, und Christian Breuning, Toronto) eine Studie, die auf Wahlbetrug in Deutschland hinwies. Sie benutzten ein mathematisches Verfahren, das bisher nur von Wirtschaftsprüfern zur Aufdeckung von Bilanzfälschungen angewandt wurde. Es beruht auf dem Benfordschen Gesetz, das aus der Verteilung der Nach-Komma-Stellen Schlüsse ziehen kann. Mit diesem Werkzeug rechneten sie die Bundestagswahlen seit 1990 nach und stellten durchweg Auffälligkeiten fest. Besonders auffällig war das Wahlergebnis von 2013. Unter den Ländern fielen bei dieser Wahl Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und alle neuen Bundesländer negativ auf. Leider ermöglicht das Verfahren nur qualitative und keine quantifizierenden Aussagen.

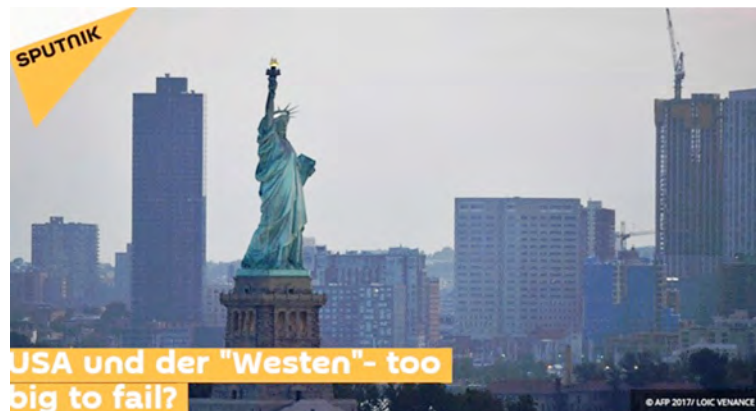
Nachzählungen sind auch nicht möglich, da die Wahlzettel jeweils bald nach der Wahl vernichtet werden. Moniert haben die beiden Wissenschaftler auch das Fehlen klarer Regeln für die Rekrutierung der Wahlhelfer. Weiter so?

Es heisst doch immer: «Wahlen sind das Herzstück der Demokratie!» Ein «Weiter so» darf es also nicht geben. Die vielbeschworene Demokratie braucht daher transparente Regeln für die Berufung der Wahlhelfer. Dann müssen nach den Wahlen stichprobenartig Nachzählungen vorgenommen und die versiegelten Pakete mit den Wahlzetteln länger aufbewahrt werden.

Ob dabei Abgeordnete wie Hartmut Honka (CDU) helfen, ist zu bezweifeln. Er sagte ungestraft:

«Lieber einige wahlfälschende Gymnasiasten im Wahllokal als die AfD im Parlament.»

Quelle: <https://lupocattivoblog.com/2017/08/17/wahlen-sind-das-herzstueck-der-demokratie-und-wahlfaelshungen-auch/>



15:32 17.08.2017 (aktualisiert 22:19 17.08.2017) Willy Wimmer

In der amerikanischen Medienwelt werden seit Monaten die Riemen angeschmissen und die Temperaturen auf mediale Siedehitze gebracht.

Wer sich eine Vorstellung davon machen will, wie Staatschefs der Länder, die im amerikanischen Interesse entweder beseitigt oder auf Vordermann gebracht werden müssen, fertiggemacht werden, sollte sich seit Monaten ansehen, wie auf CNN und auch auf BBC mit dem noch im Amt befindlichen US-Präsidenten Donald Trump umgesprungen wird.

Aus der Munitionskiste möglicher Vorwürfe gegen ihn bleibt wenig ungenutzt. Die Art und Weise, wie unisono gegen Trump gegefert wird, erfüllt den Tatbestand eines «publizistischen Standgerichts gegen den gewählten Präsidenten». Die bei uns einst so gefeierten Medien sind am Endpunkt ihres Ansehens angekommen. Nach staatlich verordneter Publikation von Fake-News zur Begründung von Kriegen im US-Interesse und der Förderung von «hate speech» ist man jetzt gegen Trump bei «hate news» angekommen.

Der Weg der Mainstream Presse führt diese Form von Presse ad absurdum. War sie ehemals dazu auserkoren, dem Staatsbürger zu einer eigenen Meinung zu verhelfen, sieht sie heute ihre Aufgabe darin, dem Konsumenten eine Meinung vorzuschreiben.

Das ist jeden Tag auf CNN und leider auch gegen Trump auf BBC zu bewundern. Dabei ist man gut beraten, im Haus die Rollläden herunterzulassen, wenn man CNN hört und sieht. Bei dem Gegefere und der sich überbietenden Lautstärke in der Auseinandersetzung mit dem Präsidenten würden sonst die Nachbarn zusammenlaufen.

Ist Trump der Sargnagel für die USA?

Sollte man eigentlich nicht annehmen. Es war Trump, der für eine historische Sekunde in Aussicht stellte, die beiderseitigen Beziehungen mit der Russischen Föderation nach den anerkannten Regeln des Völkerrechts zu gestalten. Den CNN, McCain und Soros dieser Welt war es vorbehalten, das amerikanische Kriegsestablishment dagegen in Stellung zu bringen. Gegen diese Überlegung spricht auch nicht der Umstand, dass Äusserungen des neugewählten amerikanischen Präsidenten Trump gegenüber anderen Staaten wie Iran und China etwas anderes nahelegen schienen.

Wenn man vom Balkan und Osteuropa über den Nahen und Mittleren Osten, Iran und Afghanistan, von Nordkorea und China mit Taiwan ganz zu schweigen, alle Krisenherde durchgeht, kommt es auf Russland ebenso an wie auf China und andere. Die Rechnung, die da aufgemacht wurde, war einleuchtend. Konfliktregelung auf allen diesen Feldern oder die Gewissheit, diese Konflikte alle auskämpfen zu müssen. Ausser Unterstellungen infamer Art, die seit dem Staatsstreich in der Ukraine gegen die Russische Föderation zur Begründung eigener aggressiver Absichten seitens des Westens gegen Moskau vorgebracht worden sind, spricht nichts gegen die erklärte Bereitschaft der Russischen Föderation und ihres Präsidenten, genau diesen Überlegungen auf friedliche Konfliktbeilegung zu entsprechen.

Das Aufscheinen eines Konfliktes auf der koreanischen Halbinsel in den letzten Monaten hat eines deutlich gemacht: Die USA werden von einem Habenichtsin einer Weise herausgefordert, dass sie in ihrer Substanz bedroht sind. Wer, wie der als Trump-Gegner ausgewiesene republikanische Senator Graham, leichtfertig über die Vernichtung eines ganzen Volkes spricht und das Nordkorea in Aussicht stellt, muss in Rechnung stellen, dass er keine Verbündeten, sondern nur noch Zwangsmitglieder in seiner NATO hat.

Überlegenheitsfanatiker und andere Nazis auf amerikanischen Strassen

Es können in Europa nur diejenigen empört-überrascht tun, was die Ereignisse in Charlottesville, Virginia, anbetrifft, die seit Jahren Augen und Ohren davor verschliessen, was sich in den USA wirklich abspielt. Der Rassismus blüht und antisemitische Vorfälle haben seit langem Rekordniveau. In eine solche Situation hinein und kurz nach dem Todesfall in Charlottesville formuliert der amerikanische Präsident Sätze, die auf die Gefahren hinweisen, wenn man die haufenweise vorhandenen Gründungsmythen der USA sich ansieht.

Natürlich waren George Washington und Thomas Jefferson Sklavenhalter. In diesen Tagen hat ein angesehener Bürgerrechtler in den Kommentarsendungen auf CNN darauf hingewiesen, wie sehr die heutigen USA eine «post-Völkermordgesellschaft» seien. Unwidersprochen hat er nicht nur auf die Vernichtung der Ureinwohner auf dem heutigen Gebiet der USA hingewiesen, sondern auch auf die Tatsache, dass sich die amerikanische Gesellschaft darüber hinwegheuchelt.

Ist es fair, auf George Washington als Sklavenhalter seitens der Nordstaaten-Yankees hinzuweisen? Diejenigen, die heute mit Nazi-Flaggen über amerikanische Strassen pöbeln, berufen sich doch auf das aus England stammende Yankee-Konzept von der «Überlegenheit der angelsächsischen Rasse». Das kommt uns historisch bekannt vor. Über die gezielt vom Kriegsausbruch über Versailles betriebene Zerstörung moderner mitteleuropäischer Staaten wie Österreich-Ungarn und Deutschland hat man in Berlin und Wien nicht nur die Saaten des Rassenwahns gelegt, wie sie heute auf amerikanischen Strassen demonstriert werden.

Oder, wie ist die Rolle des damaligen amerikanischen Militärattachés im Berlin der zwanziger Jahre zu verstehen, dem publizistisch die Anschubfinanzierung eines gewissen Adolf Hitler nachgesagt wird?

Wenn man den Weg der eigenen Geschichte betrachtet, muss einem das, was sich heute in Amerika abspielt, Schrecken einjagen. In allen Staaten auf diesem Globus wird man sich genau ansehen, wie die amerikanische Gesellschaft dabei ist, sich selbst zu zerlegen. Da hat sich so viel angestaut, dass niemand von Trump Wunder erwarten kann. Was bleibt übrig?

Die Antwort haben die Vereinigten Stabschefs der Streitkräfte der USA in diesen Tagen gegeben. Sie stehen zu Recht und Gesetz. Wenn man sich die Führungspositionen in Washington derzeit ansieht, wird gerade die zivile Kontrolle des Militärs auf die militärische Kontrolle des politischen Gemeinwesens umgestellt. Damit sich daran nichts ändert, hat bereits Präsident Obama den Finanzrahmen für den militärischen Bereich im NATO-Rahmen auf eine zweiprozentige Steigerung der Militärausgaben erhöht. Von der ehemaligen Wertegemeinschaft «NATO» bleibt nur noch die Zwangsmitgliedschaft einer Vasallentruppe im Interesse des amerikanischen Militärs übrig.

* Die Meinung des Autors muss nicht mit dem Standpunkt der Redaktion übereinstimmen.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/kommentare/20170817317062337-usa-un-der-westen-too-big-to-fail/>

IMPRESSUM

FIGU-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Redaktion: «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

Abonnemente:

Erscheint unregelmässig

Wird nur im Internet veröffentlicht

Postcheck-Konto: FIGU, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3, IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2017

Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, «Freie Interessengemeinschaft», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz